

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 109

JANUAR 1994

50 Pfennig

Arbeiterkämpfe in ganz Europa Verteidigt Immigranten gegen rassistische Angriffe!

Schlagt die Offensive der Bosse zurück!

Ende Oktober drängten militante Streikende der Air France auf die Startbahnen der Pariser Flughäfen und brachten die französische Regierung ins Wanken. Angesporn durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit, versuchten andere

Gesamtmittel ist Speerspitze des Lohnraubs

Arbeiter sich dem Streik anzuschließen. „Dies ist kein Streik, sondern eine Revolte“, bemerkte der französische Verkehrsminister. Der Sieg bei Air France stärkte international das Selbstvertrauen der Arbeiter und entfesselte einen Sturm von Klassenkampf, der von Brüssel bis Barcelona fast auf dem ganzen Kontinent Wiederhall fand.

Zwar leisten Arbeiter auf dem ganzen Kontinent hartnäckigen

Fortgesetzt auf Seite 6



Reuters

Mailand, 28. Oktober: Entschlossene Arbeiterproteste während vierstündigem Generalstreik gegen Massenentlassungen

Rußlands starker Mann tanzt nach Pfeife der Imperialisten Zar Boris' Wahlzirkus

13. Dezember – Die Wahlen, die gestern in Rußland stattfanden, sollten ein Feigenblatt für den blutigen Putsch darstellen, den Präsident Boris Jelzin vor mehr als zwei Monaten durchführte. Jelzin hat per Dekret regiert, seit er im September die Auflösung des gewählten Parlaments (des Obersten Sowjets) befahl, was er durch den Panzerangriff am 4. Oktober auf das Parlamentsgebäude, das Weiße Haus, besiegelte, wobei Hunderte starben. Er gab sich selbst oberste Befehlsgewalt und kündigte eine Stimmabgabe „unter den Läufen von Maschinengewehren“ an, wie ein Provinzbeamter es nannte. Die machtlose Legislative und die behelfsmäßige „Verfassung“, die den russischen Wählern am 12. Dezember zur Abstimmung gestellt wurden, sollten Jelzins diktatorischer Herrschaft einen Anstrich von Legalität verleihen.

Aber das Ergebnis war eine Blamage für Jelzin und

seine imperialistischen Sponsoren. Bei der Wahl gab es eine riesige Anzahl von Proteststimmen, deren Hauptnutznießer die faschistische „Liberal-Demokratische Partei“ Wladimir Schirinowskis war. Der Erfolg dieses böartigen Antisemiten und verrückten russischen Nationalisten – der Finnland, Polen und den Rest des früheren zaristischen Reiches beansprucht – schockierte die westlichen Hauptstädte und unterstrich, daß die russische Konterrevolution vom Kurs abkommen kann, den Washington und der Internationale Währungsfonds festgelegt haben.

Eine beträchtliche Anzahl von Stimmen erhielt auch die wiedergegründete Kommunistische Partei – Russische Föderation (KP-RF), die trotz ihres Namens absolut klarstellte, daß sie für die kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 9

MLPD: Ja zum Anschluß — Nein zur Verteidigung der PKK

Nachfolgend drucken wir die Absage der MLPD auf den Vorschlag des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) für eine Einheitsfront gegen das PKK-Verbot. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen, die mit der SpAD brüderlich verbunden ist.

Berlin, den 8.12.1993

An Komitee für soziale Verteidigung

Vielen Dank für das erhaltene Flugblatt. Ohne Zweifel stellt das Verbot der PKK und kurdischer Vereine einen Angriff gegen die internationale Arbeiterbewegung dar und steht in Verbindung mit dem Terror der türkischen Regierung zur Vernichtung des kurdischen Volkes in seinem Kampf um nationale und soziale Befreiung.

Um es gleich zu sagen, können wir den Inhalt des Flugblattes allerdings nicht teilen, und die darin enthaltenen Einschätzungen eines 4. Reichs in Deutschland, das heute wieder einen Vernichtungsfeldzug führe, die Tendenz, die bürokratisch-kapitalistische DDR zu verteidigen, sowie die Phrase von der Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse. Wir sind gegen das Verbot der PKK, weil es die bürgerlich-demokratischen Rechte einschränkt und sich gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes richtet. Wir teilen aber weder Inhalt noch Methoden der PKK.

Von Aktionseinheit haben wir ein anderes Verständnis, daß sich auf die gemeinsame Aktion geeinigt wird, sowie die Hauptforderung und eventuell einen gemeinsamen Aufruf. Euer Aufruf ist jedoch parteipolitisch abgefaßt und entspricht wohl den Positionen von Spartakist. Auch wenn ihr das Recht, die Vertretung der eigenen Ansichten einräumt, um eine breitmöglichste Mobilisierung zu erreichen, so ist dies für uns ein grundlegendes Prinzip: Einheit in der Aktion, Eigenständigkeit in der Agitation und Propaganda.

Weshalb gibt es keine Aktionseinheitsverhandlung, um eine gemeinsame Demonstration zu prüfen, einen gemeinsamen Aufruf herauszugeben und gemeinsam einen Überblick zu haben über den Kreis der Unterstützer usw. usf. So laufen aber alle Fäden bei euch zusammen, und andere

Organisationen und Personen können sich entweder dem anschließen oder es bleiben lassen.

Auch wenn ihr betont, eine nichtsektiererische Organisation zu sein, vermissen wir den demokratischen Charakter in eurer ganzen Initiative.

Auf Grundlage des vorliegenden Materials sind wir zum Ergebnis gekommen, daß die MLPD in Berlin eure Demonstration nicht unterstützen kann.

Mit sozialistischem Gruß

Winfried Briese

Landesleitung Berlin/Brandenburg MLPD

Das KfsV antwortet: Nach Kanthers PKK-Verbot ist die Berliner Landesleitung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) also in großer Sorge, sie „vermissen den demokratischen Charakter“ ... nicht etwa bei den brutalen Bullenüberfällen auf 160 kurdische Einrichtungen in ganz Deutschland, sondern gemeint ist vielmehr der dringende Aufruf des KfsV an die Linke und Arbeiterbewegung zu einer Einheitsfrontaktion unter der Losung: „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!“ Während unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ ein Völkermord an den Kurden begangen wird und Anhänger der PKK in ganz Europa verfolgt und eingekerkert werden, geht die MLPD vor der staatlichen Terrorisushetze in die Knie und fällt über diejenigen her, die Widerstand leisten.

Der Brief der Berliner MLPD-Landesleitung hat exemplarischen Charakter für die „Linke“ der Reichshauptstadt, die vor der SPD auf dem Bauch liegt. PDS, MLPD, JRE usw. lehnten unsere Initiative als „sektiererisch“ ab. Sie halfen damit, in Berlin eine gemeinsame Protestdemonstration von Linken, eingewanderten Arbeitern, Immigrantengruppen, Antifaschisten und Gewerkschaftern gegen diesen Angriff auf die bedeutende kurdische Minderheit der Arbeiterklasse zu verhindern. Sie schreien „Haltet den Dieb!“, um von ihrem eigenen kriminellen Sektierertum abzulenken.

Die MLPD lehnt Protestdemonstrationen mit uns ab, weil wir das Vierte Reich auch so nennen. Es kümmert diese Mao-„Demokraten“ einen Dreck, daß die Herrscher des selbsternannten Nachfolgestaats des Dritten Reichs den ehemaligen MfS-Chef Mielke mit Nazi-Anklagen ins Gefängnis geworfen haben. Statt dessen fordern sie ausgerechnet die Bourgeoisie von Auschwitz auf, ein „Verbot aller faschistischen Organisationen“ durchzusetzen. Die MLPD fordert also einen gestärkten Unterdrückungs- und Polizeiapparat des bürgerlichen Staats — und Herr Kanther bedankt sich und verbietet die PKK. Solange die kapitalistische Klassenherrschaft besteht, werden sich Verbote immer gegen Linke, Arbeiter und Immigranten richten.

1990 hat die MLPD in treuer Gefolgschaft der SPD die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und die Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR begrüßt. Diesmal setzten die Imperialisten D-Mark anstatt Panzer ein. Sie vernichteten in der Ex-DDR Millionen Arbeitsplätze, ganze Landstriche sind verödet — was ist dies anders als ein „Vernichtungsfeldzug“, Genosse Briese? Und was die von der *Roten Fahne* vielbeschworene internationale Solidarität betrifft, so hat die DDR Waffen sowohl an die

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes,
Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Fax (030) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 109

Januar 1994

Verteidigt Professor Porstmann!

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 4. Januar ab. Das KfsV ist eine mit der SpAD brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation.

Am 20. Januar findet im Arbeitsgericht Berlin der Gerichtstermin des führenden Immunologen Prof. Tomas Porstmann (45) statt, der seit 1972 an der Charité und seit 1988 stellvertretender Direktor seines Instituts war. Er wurde am 24. August 1993 fristlos gekündigt wegen des fadenscheinigen Vorwurfs, er wäre ein Stasi-„IM“ gewesen. Der Stasi-Vorwurf ist der häufigste Vorwand für die Säuberung Zehntausender Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer und Künstler aus dem deformierten Arbeiterstaat. Die antikommunistische Hexenjagd gegen alles, was an die DDR erinnert, wird aus Rache für die Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 betrieben. 1933 vertrieben die Nazis 130 jüdische und linke Professoren von der Charité. Jetzt wird diese weltberühmte Forschungseinrichtung erneut enthauptet; Institute



Charité

Porstmann bei Massenprotest vor der Humboldt-Uni

und Abteilungen wurden reihenweise „abgewickelt“, u. a. das renommierte Kardiovaskuläre Institut, das von Porstmanns Vater aufgebaut und geleitet worden war. Mittlerweile protestierten Wissenschaftler und Ärzte der Charité mit rund 14000 Briefen gegen die zerstörerische Entlassungswelle, Tausende Ärzte haben Klage eingereicht.

Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die trotz ihrer Mängel humanistisch motiviert war; im DDR-Gesellschaftssystem war das Profittreiben *abgeschafft* worden, das beim Skandal um HIV-kontaminiertes Blut seine tödliche Logik zeigt. 1987 war Porstmann wesentlich an der Entwicklung eines HIV-Antikörpertests beteiligt und hat im Kampf gegen Hepatitis Immunoassays (Antikörpertests) entwickelt.

Porstmanns Verteidigung ist nicht nur im Interesse aller Forscher, Wissenschaftler, und Universitätsbeschäftigten, sondern im Interesse der *ganzen* arbeitenden Bevölkerung. Für die Statthalter der für ihre wütende Verfolgung von Honecker berechtigten SPD-Hexenjägerin Jutta Limbach, wie dem Senator für Wissenschaftszerstörung Erhardt und der AL-Unipräsidentin Dürkop, ist Porstmann laut Kündigungsschreiben „in einem rechtsstaatlich arbeitenden“ Uni-

versitätsklinikum „unzumutbar“ — weil er sich nicht als „IM“ der Dürkop-Diktatur einkaufen ließ. Porstmann war von diesen Inquisitoren zuerst ein Kuhhandel angeboten worden: er sollte ehemalige SED-„Nomenklaturkader“ nennen (er selber war immer parteilos), und für die Herrscher des „neuen“ Deutschlands seine ideologische Zuverlässigkeit beweisen. Diese dreckige Denunzianten-Anwerbung lehnte Porstmann empört ab. Unter den Charité-Beschäftigten hat er dafür großen Respekt gewonnen. Er hat 1992 den wochenlangen Protest der Charité-Beschäftigten gegen die „schwarze Liste“ der 400 Mitarbeiter, deren Stellen „freigeschossen“ werden sollten, mitorganisiert und geführt. Erst danach konstruierten Gauck & Erhardt die Stasi-Geschichte, Porstmann wäre ein IMS „Labor“.

Regierung und SPD-„Opposition“ wollen Wissenschaft, Forschung und Medizin auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ideologisch durchsäubern und weiter zusammenstreichen. Nach den Wahlen in Brandenburg findet der Gerichtstermin am 20. Januar in einer Atmosphäre des wachsenden Protestes gegen die Anti-DDR-Hexenjagd insgesamt statt, die jegliches Empfinden für demokratische Rechte mit Füßen tritt. Das Komitee für soziale Verteidigung und seine Schwesterorganisationen im Ausland haben eine Protestkampagne initiiert, um Prof. Porstmanns Fall international bekanntzumachen. So forderte Dr. William Pelz, Direktor des Instituts für Sozialwissenschaft an der DePaul University in Chicago, in einem Protestbrief die Rehabilitierung von Prof. Porstmann. Er schrieb: „Andererseits, sollte dies nicht erfolgen, sehe ich mich gezwungen, daraus zu schließen, daß das ‚neue‘ Deutschland bereit ist, gegen die fundamentalsten Menschenrechte zu verstoßen, um politische Konformität aufzuzwingen.“

Die Hexenjagd zielt genau wie jetzt das PKK-Verbot darauf ab, angesichts massiver Arbeitsplatzvernichtung und sozialem Abbau die Werktätigen zu spalten und einzuschüchtern, die dagegen Widerstand leisten wollen. Die Arbeiterbewegung hat die soziale Macht, die Hexenjagd zurückzuschlagen! Frauen, Schwule, Immigranten und alle Verteidiger von demokratischen Rechten müssen mobilisiert werden, um Prof. Porstmann zu verteidigen. Keine Entlassungen! Sofortige Wiedereinstellung von Prof. Porstmann! Sein Prozeß findet am 20. Januar um 10.30 Uhr im Arbeitsgericht Berlin, Lützowstraße 106, 10785 Berlin, statt. **Macht diesen Fall bekannt in Gewerkschaften und anderen Organisationen! Mobilisiert für die Protestkundgebung bei Prozeßbeginn! Richtet Protestschreiben an:** Senator für Wissenschaft Prof. M. Erhardt, Bredtschneiderstraße 5, 14057 Berlin, Fax (0 30) 30 32-4 33; Prof. Dr. M. Dürkop, Präsidentin der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Fax (0 30) 20 93-27 29, und das Arbeitsgericht Berlin, Postfach 36 33, 10727 Berlin, Fax (0 30) 2 62-91 63, mit einer Kopie an Prof. Dr. T. Porstmann, c/o Institut für Medizinische Immunologie der Charité, Schumannstr. 20 — 21, 10117 Berlin, sowie an das Komitee für soziale Verteidigung, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin.

**Kommt zur Protestdemonstration
am 20. Januar, 10.00 Uhr
vor dem Arbeitsgericht Berlin
Lützowstraße 106
(U-Bahn Kurfürstenstraße)**

Daniel Eggers

31. Januar 1976 – 6. Januar 1994



Spartakist

Am Morgen des 6. Januar starb unser geliebter Genosse Daniel Eggers in Hamburg. Am 31. Januar wäre er 18 Jahre alt geworden. Er wurde am 27. Dezember bewußtlos in seiner Wohnung gefunden, mit einer Lungenentzündung, Hirnhautentzündung (die er früher schon zweimal gehabt hatte) und Nierenversagen. Seitdem lag er auf der Intensivstation eines großen Hamburger Krankenhauses, aber sein Zustand verschlechterte sich ständig.

Daniel repräsentierte das Beste einer neuen Generation antifaschistischer Jugendlicher. Über die von ihm initiierte Verteidigung eines Immigrantenvohnheims gegen Nazis in Niedersachsen berichtete er im *Spartakist* Nr. 100 (Januar 1993). Daniel trat kurz vor unserer letzten Konferenz in die Spartakist-Arbeiterpartei ein, dort leistete er einen wichtigen Beitrag zu unserem Kampf für eine leninistische proletarische Perspektive.

Entscheidend für Daniels Rekrutierung vom Anarchismus zu einer marxistischen Sicht der Welt war Lenins *Staat und Revolution*, und sein Antrag auf Mitgliedschaft hatte die Überschrift: „Besonders überzeugt von der Diktatur des Proletariats“, eine Kernaussage seines Antrags. Dieser Brief wurde im *Spartakist* Nr. 104 (Juni 1993) abgedruckt. Als eine seiner letzten politischen Aktivitäten führte Daniel Ende letzten Jahres eine Kontaktschulung über *Staat und Revolution* durch.

Am 9. Januar haben wir an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde am traditionellen Tag der Demonstration zu Ehren der Drei L – Lenin, Liebknecht, Luxemburg – einen Kranz für Daniel niedergelegt.

MLPD...

Fortsetzung von Seite 2

Sandinistas in Nicaragua wie auch an die angolansiche Befreiungsbewegung gegen das rassistische Südafrika geschickt. Durch die Wiedervereinigung, die die MLPD extra laut hochleben ließ, werden diese Waffen jetzt zur Vernichtung der PKK eingesetzt.

Die Spartakisten haben gegen den Anschluß der DDR gekämpft und rufen heute zu Arbeiter/Immigrantemobilisierungen auf, um die Nazis zu zerschlagen, genau wie wir die Mobilisierung der Arbeiterbewegung fordern, um das PKK-Verbot zurückzuschlagen (siehe Seite 22). Für die Reformisten der MLPD ist dies nur eine „Phrase von der Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse“. Nun, die MLPD spezialisiert sich lieber darauf, Unterschriften für „Arbeitsplätze für Millionen“ zu sammeln und die Arbeiter mittels der Betriebsräte, diesen Organen der Klassenzusammenarbeit, zu fesseln.

Selbst der MLPD-Vorsitzende Stefan Engel erspäht jetzt eine „kleinbürgerliche Denkweise“ in seiner Partei und

berichtet in der *Roten Fahne* (24. Dezember) über eine Richtung in der MLPD, die das PKK-Verbot als „nicht so bedeutend“ abtat. Während sie sich jetzt darüber den Kopf zerbricht, wie weit das PKK-Verbot eine Einschränkung der bürgerlich-demokratischen Rechte ist, werden täglich Kurden in Flugzeuge verfrachtet und an die Folterkeller der türkischen Regierung nach Istanbul ausgeliefert.

Aber was ist von der „Denkweise“ der MLPD-Führung zu halten, die angesichts des eindeutigen KfsV-Aufrufs zur Demonstration gegen das PKK-Verbot „rot“ sieht und ablehnt? Es bedurfte erst des Aufrufs von NATO-Freunden wie SPD/Grünen, die in Stuttgart gegen das PKK-Verbot protestierten, um die schwerwiegenden „demokratischen“ Bauchschmerzen der MLPD auszuräumen und sie zur Demo-Teilnahme zu bewegen. Daß die gleiche SPD schon lange das Verbot der PKK gefordert und unter Kanzler Schmidt 1980 die türkische Junta bewaffnet und zum verlässlichen NATO-Partner aufgebaut hat, stört diese „ML“ler genauso wenig wie die rabiate Forderung der Grünen nach einer Intervention des deutschen Imperialismus auf dem Balkan.

Hauptsache, niemand spricht von einem „4. Reich in Deutschland, das heute wieder einen Vernichtungsfeldzug führe“. Wen kümmert es, Genosse Briese, daß es deutsche Kriegsausrüstung ist, mit der die türkische NATO-Regierung ganze kurdische Dörfer ausradirt, daß die GSG 9 die Sondereinsatzkommandos der türkischen Armee ausbildet? Deutschland ist der Pate des Völkermords an den Kurden, der sich mit der Zerstörung der Sowjetunion dramatisch zugespitzt hat. Die „ML“PD hat im August 1991 Möchtern-Zar Jelzin als Helden im Kampf gegen die „sozialfaschistische Diktatur“ gefeiert (seither haben die sowjetischen Arbeiter dessen „demokratischen Charakter“ allerdings vermißt). Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!■

Spartakist-Veranstaltung

**Weg mit dem Verbot der PKK!
Von Diyarbakır bis Duisburg:
Kurdische Befreiung
und Klassenkampf**

Sonnabend, 22. Januar, 19.00 Uhr
Stadtteil-Café, Adalbertstraße 96,
Berlin 10999 (U-Bahn Kottbusser Tor)

**Junge
Spartakisten**

Nieder mit Hexenjagd und Kürzungen! Berlin: Studenten streiken gegen Erhardts/Dürkops Kahlschlag

Von München bis Hamburg streiken die Studenten gegen Hochschulabbau. In Berlin gingen Zehntausende auf die Straße, gegen die geplante drakonische Kürzung der Studienzeiten (gerichtet gegen arbeitende Studenten) und die Streichung von 15000 Studienplätzen durch den Senator für Wissenschaftszerstörung, Erhardt. Am 22. November fingen die Studenten der Zahnmedizin an der FU und der Humboldt-Uni an und besetzten ihre Kliniken. Am 29. November stürmten 3000 Studenten das Landtagsgebäude mit Sprüchen wie „Hört auf mit dem Geschwafel – Erhardt in die Havel“. Der SPD-Vize des Abgeordnetenhauses Schwierzina ordnete einen brutalen Bulleneinsatz an, durch den das Gebäude geräumt wurde.

Doch allein haben die Studenten nicht die soziale Macht, um die Kürzungen zurückzuschlagen. Von Spanien bis Frankreich und Italien sind die Studenten parallel zu den aufflammenden Arbeiterkämpfen auf die Straße gegangen, um gegen den sozialen Kahlschlag zu kämpfen. Aber das kann und muß auch hier stattfinden. Die Kürzungen an den Unis betreffen auch Arbeitsplätze. Wissenschaft, Medizin und Kultur hängen genauso davon ab. Die Zahnmediziner hatten mit ihrem Banner im Wedding Recht: „Senator Erhardt gefährdet Ihre Gesundheit!“ Die Beschäftigten an den Unis mit ihren großen Kliniken – wo die Massenentlassungen rollen – sind eine *Brücke* zum gesamten öffentlichen Dienst: Es waren die in der ÖTV organisierten Arbeiter in den Krankenhäusern, im Nahverkehr, bei der Stadtreinigung, auf den Flughäfen, die 1992 Kohls Thron zum Wackeln brachten.

Auf einer Personalversammlung zu Erhardts Entlassungsplänen an der FU fragte ein wütender Uni-Beschäftigter die ÖTV-Bürokraten: „Wann werdet ihr uns endlich sagen, wie ihr gegen diesen Wahnsinn kämpfen wollt?“ Doch sie weigerten sich, den Streik auszurufen: politische Streiks seien „verfassungswidrig“. Für Arbeitsplätze *wollen* sie nicht kämpfen; sie wollen für die Große Koalition ein „besseres“ Konzept des *Arbeitsplatzabbaus* entwickeln.

Auch die Studentenföhner tanzten nach der SPD-Pfeife: Unter der Losung „Keine Reformen ohne uns“ (eher: „Kein Selbstmord ohne mich“) wollten sie den Abbau auf „vernünftige“ Weise; so lenkten sie die Proteste auf handzahme Unterschriftensammlungen für vorgezogene Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ab. Dieser sozialdemokratische Würgegriff auf die Arbeiterbewegung, der sich auch in der Studentenbewegung widerspiegelt, muß durch einen politischen Kampf *gebrochen* werden. Erst *dadurch* werden wir wirklich unsere Zukunft, Arbeitsplätze wie Studienplätze und Gesundheitsversorgung, durch *Klassenkampf* verteidigen können! Und das bedeutet einen Kampf gegen den Staat selbst. Dafür braucht man eine revolutionäre Arbeiterpartei.

Die Studenten bekamen bei der Besetzung des Landtagsgebäudes eine wichtige Lektion über den Staat erteilt: Er gehört der *herrschenden* Klasse, und die Polizei ist sein bewaffneter Arm. Doch kaum war der Streik abgeblasen, organisierte der ReferentInnenrat der Humboldt-Uni unter dem Titel „Come Together“ eine „Diskussion“ mit Schwierzina und dem Einsatzleiter des Polizeüberfalls bei der Räumung des Landtags. Die Spartakisten protestierten zusammen mit Jugendlichen mit Plakaten gegen dieses



Rolf Zollner

Studenten besetzten Berliner Landtagsgebäude und kriegten durch die Bullen des CDU/SPD-Senats eine Lektion über den bürgerlichen Staat erteilt

rassistische „Beisammensein“ von SPD, PDS und Grünen mit den Bullen des Vierten Reichs, das allerdings platzte.

Nach der Räumung des Landtags erklärte Genosse Steffen von der Spartakist-Jugend bei einer Vollversammlung auf der Humboldt-Uni: „Die Landtagsbesetzung war eine gute Sache und wir müssen jetzt die Anklagen, die gegen die Besetzer erhoben wurden, zurückschlagen. Die beste Verteidigung der Angeklagten ist unser Streik. Nieder mit allen Anklagen gegen die Studenten! Kein Vertrauen in Staat und Justiz! Wir müssen uns mit TU und FU solidarisieren.“

Steffen konfrontierte die Illusionen vieler Studenten in SPD/PDS/Grüne. Die „Come-Together“-Studentenbürokraten vom uStA versuchen, unsere Hoffnungen auf die Uni-Oberaufseherin Dürkop zu lenken! Aber diese „alternative“ Hexenjägerin hat ganze Fachbereiche zerschlagen und geehrte Wissenschaftler wie Prof. Porstmann gefeuert. Vor einem halben Jahr, als Antifaschisten gegen Nazi-Brandanschläge an der Uni protestieren wollten, hat sie sie einfach rausgeschmissen.

Studenten und Uni-Beschäftigte, die gegen die Zerschlagung der Universitäten kämpfen wollen, müssen gegen Dürkops/Limbachs antikommunistische Hexenjagd kämpfen, die auch an der Humboldt-Uni jede Erinnerung an die DDR auslöschen soll. Wir Spartakisten kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Ost und West, Männer und Frauen, Deutsche und Immigranten, gegen die Offensive der Bosse und gegen den rassistischen/faschistischen Terror. Stoppt den Hochschulabbau! Weg mit den rassistischen Uni-Quoten für Immigranten! Studienplätze für alle, die studieren wollen, mit einem Stipendium für einen anständigen Lebensstandard! ■

Arbeiterkämpfe...

Fortsetzung von Seite 1

Widerstand, doch sind dies harte *Verteidigungsschlachten*. Westeuropa steckt mitten in der seit über einem halben Jahrhundert größten Wirtschaftskrise. Die *offizielle* Arbeitslosigkeit liegt bereits über 11,5 Prozent und steigt an. Das sind mehr als 19 Millionen Arbeitslose in den zwölf Ländern der Europäischen Union (EU), bei über 3 Millionen weiteren Arbeitslosen in der ehemaligen DDR. In Deutschland, früher die „Lokomotive“ der Wirtschaft des kapitalistischen Europas, beträgt die Arbeitslosigkeit über 10 Prozent, in Frankreich über 12 Prozent und in Spanien, Griechenland, Irland und Finnland *über 20 Prozent*. Dazu gibt es einen breitangelegten Angriff auf den „Wohlfahrtsstaat“, von Skandinavien bis zum Stiefel Italiens.

In Deutschland haben die Metallbosse den bestehenden Tarifvertrag für 3,3 Millionen Arbeiter zum Januar 1994 schlicht aufgekündigt. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wagen die Bosse diese unglaubliche Provokation, angefeuert von Kohls Sprüchen über einen „Freizeitpark Deutschland“. Im letzten Jahr sind die Arbeitsplätze von 500 000 Metallarbeitern verschwunden. Jetzt hat der Sprecher der deutschen Bosse, Klaus Murmann, einen „lang dauernden Angriff“ auf die Löhne und „den ganzen Bereich von Zusatzleistungen, Urlaubsgeld und Sozialhilfe“ gefordert. Das VW-Ultimatum für eine Viertagewoche mit Lohnkürzung war ein zentraler Versuchsballon für diesen Angriff, und die Gewerkschaftsführung ging in die Knie und stimmte der Forderung der Bosse nach einer massiven Kürzung der Lohnstückkosten zu.

Aber es ist alles andere als klar, ob es den Bossen auch gelingen wird, der mächtigen Arbeiterklasse in Deutschland diesen Brocken reinzuwürgen. Bereits 1992 hat Kohl großmütig einen massiven Angriff auf die ÖTV-Arbeiter gestartet, deren Streik vor seinen Augen explodierte, als er sich ausweitete und anwuchs. Trotz des Ausverkaufs der ÖTV-Chefin Wulf-Mathies haben die ÖTVler der Regierung eine schallende Ohrfeige verpaßt. Dann glaubte das deutsche Kapital 1993, daß die ostdeutschen Arbeiter bei der Massenarbeitslosigkeit und der massiven antikommunistischen Hexenjagd eine leichte Beute wären. Auch damals zerrissen die Metallbosse die Ost-Tarifverträge, doch dann traten die ostdeutschen Stahl- und Metallarbeiter geschlossen in den Streik, der schnell an Härte und Popularität gewann. Als er sich auf den Westen auszuweiten drohte, eilten die Bosse an den Verhandlungstisch, um viel von dem, was sie wegnehmen wollten, wieder zurückzugeben. Die Arbeiter hätten viel mehr gewinnen können. Sie wurden nicht im Kampf besiegt, sondern von den sozialdemokratischen Bürokraten ausverkauft.

Jetzt kann sich der Kampf über den Metall-Tarifvertrag zu einer entscheidenden Schlacht zuspitzen, die das Signal für eine breite Arbeitermobilisierung gegen die Offensive der Bosse ist. Ein kämpferischer Streik wie bei Air France würde eine breite internationale Auswirkung haben. Aber das erfordert einen Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die immer wieder diese Arbeiterkämpfe ausverkauft hat und sogar gewerkschaftliche Errungenschaften zerstört, weil sie sich angesichts der scharfen ökonomischen Krise weigert, das kapitalistische System direkt anzugreifen. Tatsächlich unterstützen sie „ihre“ Bourgeoisie im Namen des „Standorts Deutschland“.

Im letzten Herbst versammelten sich in Bonn 100 000 Bauarbeiter gegen die Kürzungen beim Schlechtwettergeld, und bis zu 90 000 Kumpel schlossen sich den Streiks im Ruhrgebiet und im Saarland gegen Zechenschließungen an. Aber die protektionistischen Forderungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen nach der „Rettung der

deutschen Industrie“ untergraben den notwendigen *internationalen* Widerstand gegen die kapitalistische Offensive. Statt sich durch protektionistische Forderungen in die inter-imperialistischen Rivalitäten hineinreißen zu lassen, müssen die Arbeiter für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpfen.

Viele Bergarbeiter, die gegen „ausländische Kohle“ protestieren, sind Türken und Kurden, die in Schlüsselsektoren der westdeutschen Industrie konzentriert sind. Die Arbeiterklasse muß die Versuche ihrer eigenen Führer, sie durch protektionistisches Gift gegen ihre Klassenbrüder und Klassenschwestern in anderen Ländern aufzuhetzen, zurückweisen. Sie muß gegen das Aufflammen des deutschen Nationalismus kämpfen und mobilisieren, um die Nazi-Banden zu zerschlagen, die durch Kohl und die SPD mit der Zerstörung des Asylrechts angeheizt wurden.

Eingewanderte Arbeiter können zusammen mit Jugendlichen der zweiten Generation, die gegen rassistischen Terror auf die Straße gehen, eine Brücke sein beim Aufbau revolutionärer Avantgardeparteien sowohl in den imperialistischen Zentren als auch in den Halbkolonien. Um so wichtiger ist es, Kanthers Verbot der kurdischen PKK zurückzuschlagen, mit dem Türken und Kurden gegeneinander aufgehetzt werden und die politische Aktivität eines wichtigen Bestandteils der Arbeiterklasse kriminalisiert werden soll. Tatsächlich können Immigranten zusammen mit ostdeutschen Arbeitern eine mächtige Kraft sein, um die immer noch mächtigste Arbeiterbewegung Europas, in die sie integriert sind, aus den Fesseln ihrer Klassenzusammenarbeit herauszubrechen, gerade weil sie nicht so eng an die Asylrecht-Vernichter der SPD gebunden sind, die ihnen nichts anzubieten hat.

Die Offensive der Bosse im Westen ist ein direktes Ergebnis des Triumphes der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR – eine gewaltige Niederlage für das Weltproletariat, mit entsprechenden Auswirkungen auf das Bewußtsein und Selbstvertrauen seiner fortgeschrittensten Teile. Die kapitalistischen Herrscher halten es nicht mehr für lebenswichtig, die „Gefahr des Kommunismus“ mit Hilfe von Reformen abzuwehren, die dazu bestimmt sind, Arbeiterwiderstand aufzukaufen. Das Rennen geht jetzt darum, Gewinnspannen dadurch hochzutreiben, daß die Lohnkosten im Interesse „größerer Konkurrenzfähigkeit“ gesenkt werden.

Die nach dem Krieg eingeführten Mechanismen der institutionalisierten Klassenzusammenarbeit werden immer mehr ersetzt durch offene Angriffe auf die Arbeiterklasse. Der Ring von rassistischen Einwanderungskontrollen, der die westeuropäischen Länder umgibt, ist brutal verstärkt worden, vor allem von Frankreich und Deutschland. Die Faschisten in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien werden zu einer bedeutenden Kraft. Diese Armee von Stoßtruppen der rassistischen Reaktion wächst in Lauerstellung, gefördert durch die wirtschaftliche Verzweiflung und den ideologischen Auftrieb für den allseits verkündeten „Tod des Kommunismus“, der in Wirklichkeit der Zusammenbruch des Stalinismus ist.

In vielen Ländern Westeuropas, wo die Lohnabhängigen stark gewerkschaftlich organisiert sind, hoffen die Bourgeoisien, ihre „Reformen“ durch den Einsatz ihrer reformistischen „Arbeiterkommis“ der Arbeiterklasse reinzuwürgen. In Italien, wo die Krise am schwersten ist und die Parteien, die das Land seit dem Zweiten Weltkrieg regiert haben, zusammengebrochen sind, fordert man die exkommunistischen Sozialdemokraten von der PDS dazu auf, eine „Volksfront“ zu bilden; dabei wird die Angst vor dem Faschismus dazu ausgenutzt, die Massen an diese verräterische Klassenzusammenarbeit zu binden.

Doch entgegen den Hoffnungen und Erwartungen der

Wütende Immigranten und Jugendliche nach Nazi-Brandmord in Solingen. Kämpferische türkische und kurdische Arbeiter können eine Schlüsselrolle spielen, den Würgegriff der SPD zu brechen



Hacky Hagemeyer

europäischen Bourgeoisien hat die Arbeiterklasse auf die kapitalistische Offensive heftig reagiert und dabei häufig ihre eigenen Führer niedergemacht. Als in Italien die exkommunistischen Gewerkschaftsführer vor einem Jahr versuchten, ihren Mitgliedern die Beseitigung der Scala mobile zu verkaufen, überschütteten Tausende Arbeiter sie mit Münzen, Schrauben und Gemüse und versuchten die Rednerbühnen zu stürmen.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs bröckelte das antisowjetische Bündnis der Nachkriegszeit auseinander, und die permanente Rivalität zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten, insbesondere der drei Giganten des modernen Imperialismus, USA, Japan und Deutschland, wurde offensichtlich. Jedes dieser Länder zielt darauf ab, einen Handelsblock zusammenzuschmieden: die USA durch NAFTA, Japan durch eine neue Version der „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ und Deutschland durch die Europäische Union, u. a. mit der Perspektive, „Ost- und Mitteleuropa“ (Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei und Kroatien) als sein unmittelbares Hinterland einzubeziehen. Die erbitterte ökonomische Konkurrenz zeigt in Richtung weltweiten Handelskrieg, aber letzten Endes kann eine Neuaufteilung der Welt nur durch einen dritten interimperialistischen Weltkrieg durchgeführt werden ... nur diesmal ausgefochten durch atomar bewaffnete Mächte.

Entscheidungsschlacht bei Metall

Obwohl Deutschland bei weitem die größte und produktivste Wirtschaft Europas besitzt, hat es in bezug auf internationale Konkurrenzfähigkeit einen ernsthaften Nachteil wegen der großen Zugeständnisse, die die deutsche Bourgeoisie in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs an die westdeutsche Arbeiterklasse machte. Diese Bedingungen wurden dem westdeutschen Proletariat gewährt, um die Stabilität zu sichern und um der potentiellen Anziehungskraft der Vollbeschäftigung und der umfassenden Sozialleistungen der DDR entgegenzuwirken.

Deutschlands Führer Helmut Kohl versprach, daß die kapitalistische Vereinigung Deutschlands in der ehemaligen DDR „blühende Landschaften“ mit sich bringen würde. Tatsächlich hat sie den Osten in eine Wüste von demolier-

ten und brachgelegten Fabriken verwandelt, wo die Existenz von Millionen Menschen auf den Kopf gestellt und nahezu zerstört worden ist. Die riesige Arbeitslosigkeit wird hinter einer Unzahl von Beschäftigungs-, Arbeitsbeschaffungs- und Kurzarbeitsmaßnahmen kaum verhüllt.

Der bevorzugte Schwindel ist gegenwärtig die „Arbeitszeitverkürzung“. Der VW-Konzern in Wolfsburg – größter Aktionär: die SPD-geführte Regierung von Niedersachsen – zwang Gewerkschaftsführer zu einem „Kompromiß“, nach dem die Arbeitszeit und entsprechend die Lohnkosten um 20 Prozent gekürzt werden. Damit sollen die Arbeiter gezwungen werden, für die Krise der Bosse zu zahlen.

Als nächstes soll der industrieweite Manteltarifvertrag beseitigt werden, den die Gewerkschaftsbürokratie bis jetzt für heilig hält. Arbeitsminister Blüm fordert einen „Kombilohn“, der an die Leistung der Firma oder Fabrik gekoppelt ist und damit die Arbeiter der verschiedenen Betriebe oder sogar innerhalb des gleichen Betriebs zu Feinden macht. Und genau das passiert mit dem VW-Deal. Der frühere Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung und Liebling von Ernest Mandels „Vereinigtem Sekretariat“, Jakob Moneta, der heute im PDS-Vorstand sitzt, erklärte flugs im *Neuen Deutschland*, daß mit dem VW-Deal „ein Erfolg“ und ein „Akt der Solidarität“ erzielt wurde. So, so. Selbst der Oberverräter vom VW-Betriebsrat gibt zu, daß die Arbeiter auf diese „Teil“kürzungen mit „Zähneknirschen“ reagierten. Sie „teilen“ die Kürzungen, spanische SEAT-Arbeiter kriegten den Kahlschlag, und VW-Aktionäre kriegten die „Solidarität“. Die VW-Arbeiter sollten wirkliche internationale Solidarität zeigen und sowohl zu ihrer eigenen Verteidigung wie ihrer spanischen Kollegen in Streik treten, die am 27. Januar gegen die Entlassungen in Generalstreik treten wollen. VW-Arbeiter: Zerreißt den verrotten Lohnraub-Abschluß und kämpft gemeinsam mit den Arbeitern von Mercedes, Opel und der ganzen IG Metall.

Der VW-Deal ist tatsächlich ein populärer Präzedenzfall ... bei Aufsichtsräten, an den Börsen und in der IG-Metall-Spitze. Walter Riester, der zweite Vorsitzende der IG Metall, bejubelte den Lohnraub bei VW als „Signal der Viertageweche“ und drohte angesichts der vor uns stehenden Auseinandersetzungen bei Metall: „Schmerzhaft

Fortgesetzt auf Seite 8

Arbeiterkämpfe...

Fortsetzung von Seite 7

Kompromisse könnten nötig sein, um Beschäftigung zu sichern.“ Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ist das Haupthindernis für die Entfesselung der Macht der Arbeiter in Ost und West.

Dabei stützen sie sich auf die Betriebsräte mit ihrer „Schweigepflicht“ und „Friedenspflicht“, die mit den Bossen in den Aufsichtsräten sitzen im angeblich „gemeinsamen Interesse“. Besonders in schlechten Zeiten heißt „Mitbestimmung“, den Bossen dabei zu helfen, den Arbeitern die Kehle durchzuschneiden. Sie sind immer die beliebten Sandkästen für Pseudolinke wie DKP und MLPD gewesen, wo diese nach militanten Besetzungen dabei halfen, Werften und Stahlwerke wie in Hamburg und Rheinhausen zu killen. Jetzt warnt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. Januar), wenn die Gewerkschaften nicht klein begeben, dann „werden Unternehmen und Betriebsräte alleine handeln“.

Bei all den Angriffen auf die Gewerkschaften behauptet der BSA jetzt, „die Gewerkschaften haben sich als Ganzes in reine Ausführungsorgane der Regierung und in eine Art Betriebspolizei der Konzerne verwandelt“ (*neue Arbeiterpresse*, 26. November 1993). Wir Spartakisten haben schon immer die Gewerkschaftsspitzen angegriffen, die als Helfershelfer der Bosse agieren. Aber die ganzen Gewerkschaften abzuschreiben, bedeutet, die Mobilisierung der Arbeiterorganisationen genau dann aufzugeben, wenn die Kämpfe auf der Tagesordnung stehen.

Früher hat der BSA immer die Sowjetunion mit den stalinistischen Bürokraten gleichgesetzt, um jede antisowjetische konterrevolutionäre Bewegung zu unterstützen, von den Mullahs in Afghanistan und Iran bis zur Solidarność in Polen, die den Segen vom Vatikan und das Geld von CIA und SPD/DGB hatte. Zu diesem Zweck versuchte er, das Banner des Trotzkismus zu beschmutzen, dessen Kennzeichen die bedingungslose Verteidigung der proletarischen Errungenschaften der Oktoberrevolution und der Sturz der stalinistischen Machthaber durch die sowjetischen Arbeiter war. Angesichts der kapitalistischen Wiedervereinigung und der SPD-geführten Hexenjagd unterstützten die politischen Banditen des BSA bei der Bundestagswahl 1990 die Partei von Lafontaine und Limbach. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und mit der damit verbundenen kapitalistischen Offensive setzt er jetzt die Gewerkschaften mit ihren bürokratischen Machthabern gleich und ruft die Arbeiterklasse auf, ihre einzige Massenorganisation zur Selbstverteidigung buchstäblich „wegzuwerfen“! Als die Stalinisten vor 1933 mit der RGO-Politik die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften als „Sozialfaschisten“ abschrieben, halfen sie damit, dem Hitler-Faschismus den Weg zu bahnen.

Revolutionäre Führung ist Schlüssel

Besonders angesichts der kapitalistischen Offensive und ökonomischen Krise zeigt der gewerkschaftliche Reformismus seinen Bankrott. Als 1938 die Menschheit durch den aufsteigenden Faschismus und den herannahenden imperialistischen Weltkrieg bedroht wurde, schrieb Trotzki im programmatischen Gründungsdokument der Vierten Internationale:

„Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke muß in einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, die ausgehen von den augenblicklichen Voraussetzungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unabänderlich zu ein und demselben Schluß führen: der

Eroberung der Macht durch das Proletariat.“ (*Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale*)

Dieses „Übergangsprogramm“ enthielt die Forderung nach der *gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit*, um die Arbeit auf alle Arbeiter *einschließlich der Arbeitslosen* aufzuteilen, bei gleichem Lohn, der gegen die Inflation geschützt wird. Um die Nazi-Mörderbanden zu zerschlagen, behält Trotzki Aufruf zu Arbeiterverteidigungsgruppen seine größte Relevanz. Wie wir in *Spartakist* Nr. 102 (April 1993) schrieben: „Für die Arbeiter ist es lebensnotwendig, ihren Kampf gegen den ökonomischen und sozialen Kahlschlag mit dem Kampf gegen die Faschisten zu verbinden. Militante Streikkomitees und Streikpostenketten können die Basis für die Verteidigung von Immigranten/Flüchtlingswohnheimen sein: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung! Wohnheime unter Arbeiterschutz! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“

Nach drei Jahren Zerstörung seit dem Anschluß haben die ostdeutschen Werktätigen jetzt mit der hohen Stimmabgabe für die PDS in Brandenburg gezeigt, wie ihnen die Hexenjagd und die Marktwirtschaft zum Halse raushängen. Aber die PDS hat sich 1990 dem Drang zur kapitalistischen Wiedervereinigung angeschlossen, wenn auch „mit aufrechtem Gang“. In Wirklichkeit rutschten sie auf den Knien vor der Konterrevolution, unter deren Auswirkungen die Bevölkerung der DDR jetzt leidet. Und auch die PDS, die selbst Opfer der Hexenjagd ist, wird jetzt sowohl vom bürgerlichen Staat wie auch von den Faschisten mit gefährlichen Verbots- und Morddrohungen verfolgt, wie jetzt wieder die Drohungen gegen ihren jüdischen Ex-Vorsitzenden Gysi dramatisch zeigen.

Als die SPD und die bürgerlichen Parteien nach den Brandenburger Wahlen Großalarm schlugen, daß ein Sieg der PDS „Investoren“ verscheuchen würde, entgegnete der Potsdamer PDS-Kandidat Kutzmutz, „er wolle ökonomisch in vielem ‚das Gleiche‘ wie [SPD-Kandidat] Gramlich, sei aber als Person dafür mehr geeignet“. Die PDS behauptete sogar, daß ihr Bürgermeister-Kandidat in Neuruppin deshalb gewonnen hätte, weil er „als Geschäftsführer eines Hotelbetriebs gewissermaßen den Nachweis des fähigen Kapitalisten erbracht hat“.

Was die PDS den Arbeitern anzubieten hat, hat sie plastisch in Bischerode gezeigt: „Als die breite Solidarität für die Kumpel anwuchs, tat die PDS alles Erdenkliche, um diese *weg vom Klassenkampf* zu bringen und auf symbolische Hungerstreiks, impotente Mahnwachen, hohle Solidaritätskundgebungen und Privatisierungskonzepte mit ihrem ‚antimonopolistischen‘ Kapitalisten Peine umzulocken“ (*Spartakist* Nr. 106, September 1993). Besonders die Unterstützung durch Streiks und Besetzungen aus dem Westen wäre für die verzweifelt kämpfenden Kumpel entscheidend gewesen, doch während die SPD für den IG-Farben-Nachfolger BASF die Schließung des Thomas-Müntzer-Schachts durchsetzte, machte sich die PDS für einen ostdeutschen Kapitalismus stark. Jetzt wurde die Grube zum Jahresende dichtgemacht.

Es gibt keinen Weg aus der Krise des kapitalistischen Systems außer einer internationalen sozialistischen Revolution. Die über 100 000 Menschen, darunter viele Jugendliche, die am 9. Januar nach Friedrichsfelde in Ostberlin kamen, um die gefallenen Spartakisten zu ehren, absolvierten nicht einfach eine Übung in DDR-Nostalgie. Wie die vielen Banner, die am 4. November 1989 getragen wurden, zeigt dies ein Verlangen nach dem echten Kommunismus von Liebknecht, Luxemburg und Lenin. In der Tradition der „Drei L“ und Trotzki's Vierter Internationale ist die Spartakist-Arbeiterpartei als Teil der Internationalen Kommunistischen Liga dazu entschlossen, diese Partei aufzubauen. ■

Zar Boris...

Fortsetzung von Seite 1

Marktwirtschaft steht. Zwar behauptete Jelzin, seine Verfassung habe eine Mehrheit erhalten, aber das Regime gab mit seinen eigenen Zahlen über die Wahlbeteiligung, gerade mal 53 Prozent, effektiv eine Niederlage zu. Ungeachtet der anscheinend starken Stimmabgabe für Jelzins nationalistiche und stalinistische Opponenten ist das neue Pseudo-Parlament nur als Resonanzboden für die Diktate des Präsidenten gedacht. Aber angesichts der Zusammensetzung könnte es ihm immer noch ein Dorn im Auge sein.

Zweck dieser Wahlfarce ist es, die „demokratischen“ Ansprüche von Jelzins imperialistischen Hintermännern in Washington zufriedenzustellen. Die Imperialisten unterstützen inbrünstig jeden diktatorischen Schritt von Zar Boris, um für den „freien Markt“ die Verelendung von Rußlands Werktätigen und die Zerstörung seiner Industriebasis durchzupeitschen, aber sie wollen auch immer noch das Bild aufrechterhalten, Jelzin sei, in den Worten von US-Außenminister Warren Christopher, „der beste Vertreter von Demokratie und Fortschritt in Rußland“. Aber während Rußlands neue Mafia-Millionäre und ihre großen Brüder in Wall Street und der Londoner City in russischem Kaviar schwelgen, leiden die werktätigen Massen unter weitverbreiteter und wachsender Unterernährung, Obdachlosigkeit und Zerstörung der Sozialleistungen.

Jelzin ist bestrebt, eine russische Version von Pilsudski zu werden, Polens Diktator in den 20er und 30er Jahren. Pilsudski jedoch kam an die Macht durch einen bonapartistischen Coup, der sowohl breite Unterstützung in der Bevölkerung hatte als auch den Rückhalt eines zusammenhaltenden Militärs. Jelzin hat nichts dergleichen. Er ist ein Bonaparte, ein Mächtegern-Diktator, aber ein sehr schwacher, dessen stärkste Unterstützung aus den Finanzhauptstädten des Westens kommt. Die Unterstützung durch die Armee bleibt zurückhaltend und ohne Enthusiasmus, und im Falle eines Massenaufstands der Arbeiterklasse ist sicher kein Verlaß darauf. Und die welthistorische Niederlage der Zerstörung des sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats hatte zwar eine verheerende Auswirkung auf das Proletariat, aber mehrere Streiks in den Wochen vor den Wahlen zeigen die Möglichkeit aufflackernder sozialer Kämpfe als Antwort auf die immer schlimmer werdende Verelendung.

Sogar im „demokratischsten“ kapitalistischen Regime dienen sogenannte „freie Wahlen“ dazu, die Macht innerhalb der herrschenden Klasse zu verteilen, die ihr Kontrollmonopol über die Medien und das große Geld ausübt. Aber im Kontext der blutigen Konterrevolution waren Jelzins Wahlen dazu gedacht, den Massenmord an Hunderten Verteidigern des Parlaments während des Angriffs am 4. Oktober auf das Weiße Haus „demokratisch“ zu sanktionieren. Mehr als ein Dutzend politische Organisationen wurden wegen ihrer Verteidigung des früheren Parlaments kurzerhand verboten. Klassenbewußte Arbeiter müssen gegen Jelzins antidemokratische Verbote kämpfen und Freiheit für Ruzkoi, Chasbulatow und alle anderen inhaftierten Parlamentsunterstützer fordern.

Eine revolutionäre Arbeiterpartei in Rußland hätte dafür

gekämpft, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unabhängig gegen Jelzins blutigen Angriff auf das Parlament zu mobilisieren, der das Ziel hatte, seine bonapartistische Herrschaft zu festigen und wegzuräumen, was als ein Hindernis für die vom Imperialismus diktierten „Reformen des freien Marktes“ angesehen wurde. Im Kampf nicht nur gegen Jelzins konterrevolutionäres Regime, sondern auch gegen den gesamten kapitalistisch-restauratorischen, chauvinistischen Abschaum war es notwendig, mit den Ruzkoi/Chasbulatow-Kräften, die das Parlament verteidigten, einen *militärischen* Block einzugehen, ohne dabei Jelzins bürgerlichen Opponenten ein Jota politischer Unterstützung zu geben.

Jelzins Ukas-Verfassung

Das Unterhaus der neuen russischen „Legislative“ wird sehr passend Duma genannt, nach dem impotenten, „beratenden“ Gremium unter dem letzten Zaren. Am Vorabend



Der Spiegel

Mächtegern-Diktator Boris Jelzin nach der blutigen Erstürmung von Moskaus Weißem Haus im Oktober 1993

der Wahlen setzte Jelzin wieder den alten imperialen Doppelkopf-Adler als Staatssymbol des „neuen“ Rußland ein. Das war das gleiche Emblem, unter dem die zaristische Duma zusammentrat – und wiederholt aufgelöst wurde –, vor der Russischen Revolution von 1917. Eine Frau, deren Angehörige im Bürgerkrieg 1918–20 gegen die zaristischen Weißgardisten kämpften, kommentierte bitter: „Sie kämpften gegen die Wiedereinsetzung dieses bösen Adlers, der für uns einfache Leute Armut und Sklaverei bedeutete. Und jetzt kommt all das wieder.“

Die neue Verfassung segnet Jelzins Recht ab, per Ukas (Dekret) zu regieren. Der Präsident wird die Macht haben, selbst den Premierminister zu ernennen, den mächtigen Sicherheitsrat, militärische Spitzenkommandeure, den Obersten Gerichtshof und die Zentralbank; die Macht, Innen- und Außenpolitik festzulegen und jede Duma-Gesetzgebung zurückzuweisen. Der Entwurf, berichtet der Londoner *Guardian* (10. November), „beschreibt sehr detailliert die vielen neuen Wege, wie das Parlament aufgelöst werden kann“. Die Duma wird nicht in der Lage sein, Dekrete des Präsidenten zurückzuweisen – oder auch nur zu beraten. Sollte sie den Premierminister-Kandidaten des Präsidenten dreimal ablehnen, „hat sich die Duma damit selbst aufgelöst“. Jelzin kann nach Lust und Laune den Notstand ausrufen. Seine Amtsenthebung wurde praktisch unmöglich gemacht, und Bruch der Verfassung gehört nicht zu den Gründen, aufgrund derer Amtsenthebung möglich ist.

Fortgesetzt auf Seite 10

Zar Boris...

Fortsetzung von Seite 9

Schließlich bekamen 13 Listen die Genehmigung zu kandidieren – von vier „Reform“-Blöcken über die Bürger-Union des Industriellen Arkadi Wolski und die KP-RF bis zum Faschisten Schirinowski –, aber die oppositionellen Gruppen erhielten praktisch zu nichts Zugang, weder zu Rundfunk und Fernsehen noch zu Telefonen und Büroräumen. Jelzin versuchte, die KP-RF und eine weitere Partei wegen Kritik an der Verfassung von den Wahllisten zu streichen. Aber laut ersten Hochrechnungen sammelte Schirinowski ein Viertel der Stimmen, die neugegründete „Kommunistische“ Partei und ihre Verbündeten der Agrarunion (die die Kollektivbauern repräsentiert) bekamen zusammen 20 Prozent, und Gaidar bekam nur eine von je sieben Stimmen. Die Liste „Frauen Rußlands“ erhielt über 8 Prozent.

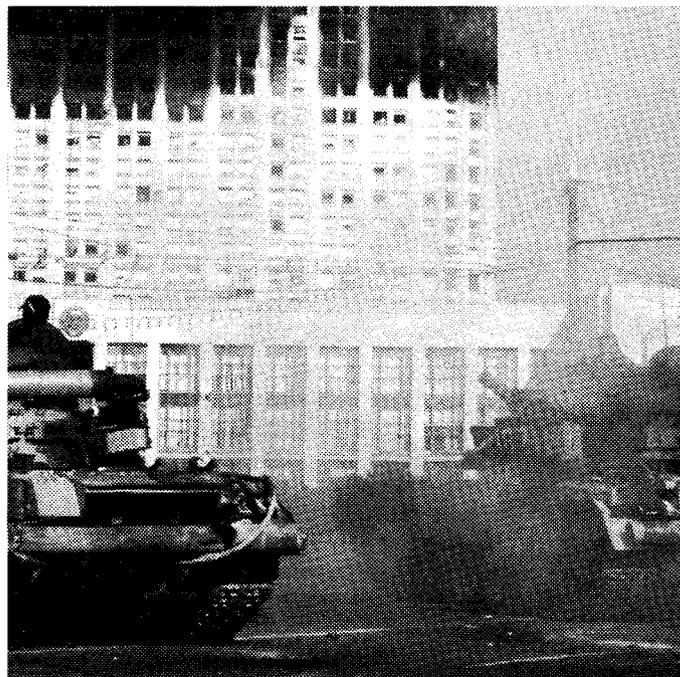
Einige der kleineren stalinistischen „patriotischen“ Gruppen – einschließlich der verbotenen Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei von Viktor Anpilow – riefen zum Boykott der Wahlen auf. Auch Boris Kagarlizki, Führer der kleinen, sozialdemokratischen Partei der Arbeit, argumentierte in einem Artikel in der *Nation* (6. Dezember) für diese Position.

Kagarlizki führte die Antwort der russischen Arbeiterbewegung auf die „Bulyginsche Duma“ von 1905 an. Diese wurde damals als Beschwichtigungsmittel eingerichtet, mit dem direkten Ziel, den Arbeiteraufstand abzuwenden. Aber nachdem der revolutionäre Aufschwung eine entscheidende Niederlage erlitten hatte, beteiligten sich Lenins Bolschewiki 1907 an den Wahlen zur dritten Duma als Plattform für revolutionäre Propaganda. Lenin schrieb,

„daß der aktive Boykott, wie die Erfahrungen der russischen Revolution gezeigt haben, nur dann die richtige Taktik der Sozialdemokratie ist, wenn ein umfassender, allgemeiner, rascher, in den bewaffneten Aufstand übergehender revolutionärer Aufschwung zu verzeichnen ist.“ („Resolutionsentwürfe zur dritten Konferenz der SDAPR“, Juli 1907, *Werke* Bd. 13)

So heuchlerisch die gegenwärtigen Wahlen waren, sie fanden nicht in einer Periode des ansteigenden Klassenkampfes statt; im Gegenteil, angesichts der gegenwärtigen Passivität des russischen Proletariats war der Aufruf nach einer aktiven Boykottpolitik hohl.

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) waren dafür, Jelzins bonapar-



Der Spiegel

Jelzins Wahlfarce soll seinem Panzerangriff auf das Weiße Haus den Anstrich von Legalität verleihen

tistischer Verfassung ein schallendes „Nein“ entgegenzuschleudern. Aber bei den Wahlen zur Legislative gab es keine Partei oder Gruppe, der Revolutionäre auch nur die allerkritischste Wahlunterstützung hätten geben können. Die KP-RF bekam Stimmen von vielen derjenigen, die gegen die „Freie-Markt“-Verelendung sind, für die die kapitalistischen „Reformer“ stehen, und die ebenso vom brutalen Rassismus Schirinowskis abgestoßen waren. Aber diese größte der stalinistischen „patriotischen“ Organisationen kandidierte auf der Basis expliziter und nachdrücklicher Unterstützung für das kapitalistische „freie Unternehmertum“. Roy Medwedjews Sozialistische Partei der Arbeit (SPT) stürzte sich in einen „Vaterland“-Block mit Monarchisten und Kosaken, der bald auseinanderfiel und damit die SPT aus dem Rennen warf.

KP-RF-Führer Gennadi Sjuganow prangerte zwar Jelzin an, er strebe nach mehr Macht als sogar „der Pharao, der Zar und der Generalsekretär“, und verurteilte „wildes Kapitalismus“, aber er bestand darauf: „Privatisierung ist wesentlich“ (*Economist*, 27. November). Sjuganow überschlug sich dabei, seine Partei von allem abzugrenzen, was auch nur entfernt mit Kommunismus zu tun hat. Er pries Bibel und Koran und hetzte: „In Boris Jelzins Regierung gibt es mehr ehemalige Kommunisten als in meiner Partei.“ Sjuganow bekräftigte nachdrücklich seine Unterstützung für den Kapitalismus und beklagte sich, unter Jelzin „haben noch keine wirklichen Reformen begonnen. Sie versprechen uns einen Kapitalismus wie in der Schweiz, aber jetzt schon ist es eher wie in Kolumbien, und bald kann es wie Bangladesch sein“ (*Londoner Guardian*, 25. November).

Die dramatisch hohe Stimmabgabe für den Faschisten Schirinowski ist ein düsteres Omen für Juden und nicht-russische Nationalitäten. Schirinowski, ein verrückter Fanatiker, der schwört, er werde „in Hitlers Fußstapfen treten“, kotzte antisemitischen Dreck und hetzte während der Wahlkampagne, er werde Rußland bis zu den Grenzen des zaristischen Reichs wiederherstellen. Seine Fernsehspots zeigten, wie russische Schläger einen dunkelhäutigen Menschen aus dem Kaukasus zusammenschlugen. Gaidar posiert jetzt zwar als Antifaschist, aber Jelzin/Gaidar gaben Schirinowski Extra-Sendezeit, da er – als offener Befürworter einer autokratischen Herrschaft – einer der wenigen Nicht-Regierungskandidaten war, die Jelzins Verfassung unterstütz-

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 43 94 00
Duisburg	T. Endrweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

ten. Schirinowski ist in Stellung gegangen, um die wachsende Feindschaft gegen Jelzin/Gaidars „Schockbehandlung“ auszubeuten und die Verzweiflung der Massen in Pogrome gegen ethnische Minderheiten umzulenken.

Schirinowski war nicht der einzige, der unverblühten großrussischen Chauvinismus propagierte. Sjuganow von der KP-RF war früher einer der Vorsitzenden des faschistoiden Russischen Nationalen Sobor und ein Führer der „rot-braunen“ Nationalen Rettungsfront. Schachrais Wahlliste lief unter der Losung „Familie, Eigentum, Heimatland“. Gaidars Titelsong hieß „Rußland hat sich erhoben“, und auf seinen Ansteckern prangte ein Bild Peters des Großen. Zwar ist Jelzin durch und durch Washington verpflichtet, aber er ist nicht weniger ein großrussischer Chauvinist als seine nationalistischen Opponenten. Die neue Verfassung schafft sogar die formalen Rechte auf Autonomie ab, die zuvor Regionen mit überwiegend nichtrussischer Bevölkerung, wie denen der Wolga-Tartaren und der Tschetschenen im Kaukasus, zugestanden worden waren. Seit dem Tage nach der Zerschlagung des Parlaments führten Jelzin und der Moskauer Bürgermeister Luschkow eine pogromistische Kampagne von Razzien mit dem Ziel, dunkelhäutige Menschen aus der Hauptstadt zu vertreiben.

Dies geht Hand in Hand mit dem Versuch, die russische Kontrolle über das „benachbarte Ausland“, die nicht-russischen Republiken der früheren UdSSR, auszuweiten. Hauptsächlich, weil er dem Druck des Militärs nachgab, stellte sich Jelzin ausdrücklich gegen die Ausdehnung der NATO nach Osteuropa. Aber dies ist nicht notwendigerweise entgegengesetzt zu einer prowestlichen Politik. Washington ist für einen starken russischen Staat, der seine Vorherrschaft über das Gebiet der früheren Sowjetunion geltend macht, solange dieser ein Klientenstaat bleibt, der sich den westlichen Interessen unterwirft. Wie der Londoner *Economist* (4. Dezember) in einem Leitartikel mit dem Titel „Rußland steigt wieder auf“ festhielt: „Amerika könnte sogar der Meinung sein, daß es seinen Interessen dienlich ist, wenn Rußland als Nachbarschafts-Gendarm agiert.“

Der wiederaufsteigende großrussische Chauvinismus ist eine tödliche Gefahr für das Proletariat, dessen *multinationaler* Charakter durch die integrierte, kollektivierte Wirtschaft der früheren Sowjetunion geformt wurde. Nationalistische Demagogie, ob sie von Washingtons Mann Jelzin kommt, vom Faschisten Schirinowski oder von den stalinistischen „Patrioten“, dient dazu, die Arbeiter zu spalten und die russischen Massen an ihre Mächtigen-Ausbeuter zu ketten.

Für sozialistische Revolution, um Jelzin hinwegzufegen!

Was immer das Ergebnis der Wahlen ist, es wird nicht die grundlegenden Probleme lösen, vor denen die im Entstehen begriffene russische Kapitalistenklasse steht. Der Architekt der „Schocktherapie“ aus Harvard, Jeffrey Sachs, klagt, daß bisher erst 1,5 Milliarden der 13 Milliarden Dollar Hilfe vom Internationalen Währungsfonds tatsächlich ausgezahlt worden seien. Der *Economist* (6. November) bemerkt, daß direkte ausländische Investitionen – 1992 kaum 100 Millionen Dollar – „so wenig sind, daß niemand in der Regierung sich darum zu kümmern scheint, sie aufzulisten“. Inzwischen lag die Inflation diesen Herbst bei durchschnittlich 20 Prozent im Monat, die doppelte Rate wie vor einem Jahr. Und während die offizielle Arbeitslosigkeit bei unter einer Million liegt, sind effektiv etwa fünf Millionen arbeitslos, entlassen oder in unbezahlt „Urlaub“. Der Mangel an Brennstoff bedeutet, daß Millionen weder Heizung noch Warmwasser haben in einem der härtesten Winter seit Jahren.

Nachdem die Wahlen jetzt vorbei sind, beabsichtigt der

Kreml, damit zu beginnen, die Schließung bankrotter Firmen in großem Ausmaß durchzusetzen, wobei selbst Jelzins Minister eine Arbeitslosenrate von 14 Prozent – etwa 10 Millionen Arbeitslose – bis Ende nächsten Jahres vorhergesagen. Ob sie wirklich in der Lage sind, eine solche drastische „Schocktherapie“ à la IWF durchzuführen, steht auf einem anderen Blatt. Aber das bloße Wirtschaftschaos und die ökonomischen Plünderungen treiben das Land jetzt schon in den Ruin.

Ein Vorreiter für die Möglichkeit von sozialen Massenkämpfen in der kommenden Periode ist der Streik, der vor kurzem im Kohlenrevier Worskuta stattfand, das lange eine Bastion der Unterstützung für Jelzin war. Die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft (NPG), die mit der Hilfe des US-Imperialismus über die antikommunistische AFL-CIO-Bürokratie [amerikanischer Gewerkschaftsdachverband] gegründet wurde, stellte sich Anfang September gegen einen eintägigen Streik von 500 000 Arbeitern, den die exstalinistische Bergarbeitergewerkschaft organisiert hatte. Die NPG unterstützte auch Jelzins Auflösung des Parlaments später im gleichen Monat. Aber bei einem Zahlungsrückstand von mehr als zwei Monatslöhnen organisierten die NPG-Führer in Worskuta im November einen Hungerstreik, der in einer eintägigen Arbeitsniederlegung am 11. November gipfelte. Am 6. Dezember streikten sie wieder fünf Tage lang und beendeten den Streik am Vorabend der Wahlen erst, nachdem Moskau wieder einmal versprochen hatte zu zahlen. Aber die relativ privilegierten Bergarbeiter stehen immer noch vor massiven Zechenschließungen, wenn es nach Jelzin/Gaidar geht.

Ein weiterer Streik wegen ausstehender Lohnzahlungen, von Arbeitern der Gasindustrie in der sibirischen Stadt Nadym, legte praktisch das ganze Gebiet lahm, bevor er Anfang Dezember mit einem Sieg endete. Sogar die Jelzinfreundliche *Iswestija* (3. Dezember) berichtete: „Ökonomische Forderungen traten in den Hintergrund, während die Menschen ständig dazu gedrängt wurden, gegen die Regierung zu stimmen und das Referendum über die Verfassung zu boykottieren.“ Tausende wütende Streikende umringten die Regierungs-Unterhändler, als sie am Flughafen ankamen, und auf Plakaten der Streikposten stand: „Die räuberische Regierung muß zurücktreten!“

Der Drang der neuen Herrscher Rußlands, einen kapitalistischen Staat zu konsolidieren, ob nun nach den Plänen der IWF-„Schocktherapeuten“ oder nach mehr korporatistisch-nationalistischen Plänen, bedeutet eine schreckliche

Fortgesetzt auf Seite 21

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—

Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—

Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 109

Bestellt bei:	Konto 11988-601
Postfach 51 06 55	Postgiro Frankfurt/Main
13366 Berlin	BLZ 500 100 60

Der Schauprozeß gegen Honecker und die Berliner Mauer

Teil eines dieses Artikels, der sich mit den Schauprozessen der Gerichte der rachsüchtigen deutschen Bourgeoisie gegen frühere Repräsentanten der DDR befaßt, erschien in Spartakist Nr. 100 (Januar 1993).

Der 9. November ist ein schicksalhafter Tag in Deutschland. An diesem Tag fiel 1918 die Hohenzollern-Monarchie, und die Republik wurde geboren, eine tattrige bürgerliche Republik, anfänglich geleitet von den Sozialdemokraten, welche sich nur durch die blutige Niederschlagung der Arbeiterrevolution etablieren konnte und in der Folge durch den Sieg des Hitler-Faschismus 1933 hinweggefegt wurde. Am 9. November 1939 inszenierten Nazi-Sturmtruppen antijüdische Pogrome im ganzen Reich, brannten Synagogen nieder und schlugen Ladenfenster ein, in der sogenannten „Kristallnacht“, dem Vorboten des Holocaust. 1989 wurde am gleichen Tag die Berliner Mauer geöffnet, nachdem Massendemonstrationen die stalinistische Regierung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats DDR unter Erich Honecker zu Fall gebracht hatten.



Junge/ADN-ZB

13. August 1961: Tausende Mitglieder der Betriebskampfgruppen wurden mobilisiert, um den Bau der Mauer zu verteidigen

Teil zwei von zwei

Danach dauerte es nur vier Monate bis zu den entscheidenden Wahlen am 18. März 1990 und dem Sieg der Kräfte, die auf einen raschen Anschluß der DDR an die imperialistische Bundesrepublik drängten. Aber im Gegensatz zu den „blühenden Landschaften“, die Helmut Kohl versprach, hat die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands verwüstetes Ödland im Osten hervorgebracht. Die Errungenschaften des Arbeiterstaats wurden niedergewalzt: Frauen wurden in Massen gefeuert, Arbeiter aus anderen Ländern ausgewiesen, Fabriken niedergerissen, so daß in der einst zehntstärksten Industriemacht der Welt heute nur ein Viertel der Arbeitsplätze übrig sind. Unter anderem um abzulenken von der Unzufriedenheit in der Bevölkerung in Ost (und West), initiierten die Herrscher des triumphierenden Vierten Reichs des deutschen Imperialismus einen monströsen Schauprozeß und brachten den früheren DDR-

Chef Honecker und seine wichtigsten Mitarbeiter auf die Anklagebank. Sie wurden angeklagt, den Grenztruppen befohlen zu haben, auf diejenigen zu schießen, die die Mauer überqueren wollten. In diesem schreienden Fall von „Siegerjustiz“ wurde die DDR selbst vor „Gericht“ gestellt.

Die Verhandlungen wurden zu einer „Justiz-Farce“, wie *Der Spiegel* es nannte. Kranke alte Männer wurden vor Gericht gezerrt, eine groteske öffentliche Folter, dann wurde einer nach dem anderen vom Prozeß abgezogen, weil sie nicht in der Lage waren weiterzumachen. Um die Peinlichkeit abzukürzen, ordnete am 12. Januar 1993 das Berliner Verfassungsgericht an, die Anklagen gegen den krebserkrankten Honecker fallenzulassen, der dann nach Chile ging. Aber nachdem das Rampenlicht der internationalen Publizität abgewendet war, ging der Honecker-Prozeß ohne Honecker weiter. Der frühere DDR-Verteidigungsminister und Mitglied des Politbüros der SED, Heinz Keßler, sein Stellvertreter und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz, und der frühere SED-Bezirksleiter Hans Albrecht wurden wegen „Totschlags“ angeklagt. Die Angeklagten wiesen darauf hin, daß es sich um eine militarisierte Grenze handelte, wo Minen und bewaffnete Patrouillen normal sind. Aber nach zehn Monaten Verhandlungsdauer wurden die drei pflichtgemäß abgeurteilt, obwohl der Richter bemerkte: „Sie haben auf niemanden geschossen“, und: „Sie wollten keine Toten“.

Die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland war die Frontlinie des Kalten Kriegs. „Die Mauer“ war eine Barriere gegen die Versuche des Imperialismus, den Sowjetblock „zurückzurollen“, oder, als das nicht klappte, den deformierten Arbeiterstaat DDR zu unterminieren durch den Abzug qualifizierter Arbeitskräfte und das Ausbluten seiner Wirtschaft. Deshalb haßten die Kapitalisten die Berliner Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzlisten diese bürokratische Maßnahme zur Verteidigung der Wirtschaft der DDR. Die Internationale Kommunistische Liga und die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) kämpften mit Zähnen und Klauen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Und wir urteilten in der Folge die antikommunistischen Hexenjagd-

Die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland war die Frontlinie des Kalten Kriegs. „Die Mauer“ war eine Barriere gegen die Versuche des Imperialismus, den Sowjetblock „zurückzurollen“, oder, als das nicht klappte, den deformierten Arbeiterstaat DDR zu unterminieren durch den Abzug qualifizierter Arbeitskräfte und das Ausbluten seiner Wirtschaft. Deshalb haßten die Kapitalisten die Berliner Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzlisten diese bürokratische Maßnahme zur Verteidigung der Wirtschaft der DDR. Die Internationale Kommunistische Liga und die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) kämpften mit Zähnen und Klauen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Und wir urteilten in der Folge die antikommunistischen Hexenjagd-

Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf

Prozesse und forderten Freiheit für Honecker, Keßler und die anderen führenden Repräsentanten der DDR, genauso wie für Angehörige der Grenztruppen der Volksarmee.

Kernstück der westdeutschen Kampagne, den ostdeutschen Arbeiterstaat zu kriminalisieren, war, die DDR einfach als Polizeistaat, den „Stasi-Staat“, zu porträtieren. Also nahmen sie natürlich den Chef der „Stasi“, den früheren Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, aufs Korn. Aber ihn wegen polizeilicher Bespitzelung der Bevölkerung anzuklagen, die ein solches Ausmaß hatte, daß sie zu einer Belastung der ostdeutschen Wirtschaft wurde, hätte Fragen über den westdeutschen Geheimdienst hervorgerufen (beschönigend „Amt für Verfassungsschutz“ genannt), der *zugibt*, Computerdaten über mehr als 600 000 Westdeutsche zu haben. So stellten sie Mielke statt dessen wegen angeblicher Beteiligung an der Tötung von zwei Bullen 1931 vor dem Hauptquartier der Kommunistischen Partei vor Gericht. Diese Anklagen wurden ursprünglich 1934 von einem Nazigericht aufgestellt, basierend auf „Beweismaterial“, das unter Gestapo-Folter erlangt wurde! Das Berliner Gericht, das die Anklage durch blutige faschistische Richter für „glaubwürdig“ erklärte, verurteilte am 26. Oktober 1993 den gebrechlichen 85jährigen Mielke wegen Mordes zu sechs Jahren Gefängnis!

Wie wir betont haben, wurden Honecker und Mielke von der falschen Klasse für die falschen „Verbrechen“ angeklagt. Das revolutionäre Proletariat an der Macht würde sie wegen ihrer stalinistischen Repression gegen die Arbeiterklasse und der Unterminierung der DDR zur Verantwortung ziehen. Aber statt dessen werden sie von einer rachgierigen Bourgeoisie verfolgt, die an ihnen ein Exempel statuieren

will, um eine besiegte Bevölkerung einzuschüchtern und die Idee des Sozialismus an sich zu kriminalisieren.

DDR-Nostalgie und die Mauer

Nachdem das „andere Deutschland“ Vergangenheit ist, zeigt das übrigegebliebene Deutschland Zeichen sozialen Zerfalls. Die kapitalistische Wirtschaftskrise führte dazu, daß in absoluten Zahlen allein 1993 *eine dreiviertel Million Arbeitsplätze* abgebaut wurden. Zehntausende Kohlenbergarbeiter und Stahlarbeiter demonstrieren an der Ruhr, wobei die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dafür sorgen, daß „die Dinge nicht aus der Hand gleiten“. Die Massenarbeitslosigkeit übersteigt schon sechs Millionen, die höchste Stufe, die in der Weimarer Republik vor der Machtübernahme der Nazis erreicht worden war, und nationalistische Stimmungen über den Verlust „deutscher Arbeitsplätze“ fachen die faschistischen Angriffe auf Immigranten an. Die Anzahl der jüdischen Friedhöfe, die allein im Jahr 1992 geschändet wurden (80), entspricht der Gesamtzahl derjenigen, die zwischen 1926 und 1931 angegriffen wurden. Die häßliche Fratze des Vierten Reichs ist die der Nazi-Rassisten, die mörderische Brandanschläge von Hoyerswerda und Rostock im Osten bis Mölln und Solingen im Westen verübten.

Während die wirtschaftlichen Bedingungen sich verschlechtern und hochrangige Experten vor drohender sozialer Unruhe warnen, hat sich das um sich greifende Unbehagen in wachsender Unzufriedenheit mit der Wiedervereinigung geäußert. Im Westen geben Rechte den „Ossis“ die Schuld für die Unterminierung des Wohlstands. So

Fortgesetzt auf Seite 14

Hände weg von Markus Wolf!

Im Schauprozess gegen Markus Wolf wurde der berühmte jüdische DDR-Spionagechef am 6. Dezember wegen „Landesverrats“ zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die Herrscher des Vierten Reichs wollen sich rächen, „weil es vierzig Jahre die DDR gegeben hat“, wie Markus Wolf in seinem Schlußwort erklärte.

Die Spartakisten protestierten vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht gegen die SPD-geführte antikommunistische Hexenjagd und forderten: „Hände weg von Markus Wolf!“ und „Sofortige Freilassung von Erich Mielke, der aufgrund von Nazi-Anklagen im Gefängnis ist!“ Ein Plakat auf japanisch lautete: „Ehre für Richard Sorge und Ozaki Hotzumi, heldenhafte sowjetische Spione!“ Auch die DKP (die in der *uz* den Spartakist-Protest verschweigt – früher benutzten die Stalinisten zu diesem Zweck Buschwerk) und VVN-Vertreter demonstrierten vor dem Gericht, die PDS-Führer Gysi und Modrow solidarisierten sich mit Wolf.

Im letzten Mai stellte Markus Wolf die Frage: „Welches Land soll ich verraten haben?“ Damit kann nur „Verrat“ am Dritten Reich gemeint sein, das durch den Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus zerschlagen wurde, wie wir in *Spartakist* (Nr. 103, Mai 1993) feststellten: „Aus diesem Sieg wurde der deformierte Arbeiterstaat DDR aufgebaut. Nicht nur hat die BRD sich als rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs bezeichnet, sondern sie hat auch den gesamten Geheimdienst von Hitlers Spionageapparat ‚Fremde Heere Ost‘ übernommen, die Gehlen-Organisation, die der Kern des späteren BND wurde.“

Markus Wolf hatte zwar erkannt, daß der Stalinismus die DDR und die Sowjetunion in eine Sackgasse führte, aber er suchte die Antwort in Gorbatschows Perestroika,



Spartakist

die der kapitalistischen Konterrevolution das Tor geöffnet hat. Vor Gericht weigerte sich Markus Wolf standhaft, vor dem imperialistischen Gericht in die Knie zu gehen. In seinem Schlußwort antwortete er mit Karl Liebknecht: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre“, und er erklärte würdevoll:

„Keiner soll mehr erhobenen Hauptes gehen dürfen, der an die Möglichkeit eines anderen Deutschland mit mehr sozialer Gerechtigkeit geglaubt hat, an ein Deutschland ohne Hochmut und nationalen Dünkel und ohne die Gewalt des Geldes.“ (*Neues Deutschland*, 25. November)

Die SpAD-Presseerklärung vor der Urteilsverkündung rief auf: „Markus Wolf hat sein Bestes getan, die DDR zu verteidigen – jetzt müssen wir ihn verteidigen.“

Honecker...

Fortsetzung von Seite 13

schimpfte ein Anhänger der faschistischen Republikaner in Bayern: „Viele Leute, und ich auch, denken, daß sie die Mauer wieder errichten und um vier Meter höher machen sollten“ (*Wall Street Journal Europe*, 29. Oktober 1993). Im Osten gibt es eine weitverbreitete Stimmung gegen „Besserwessis“, und Sprüche an den Wänden fordern: „Wir wollen unsere Mauer wieder.“ Am dritten Jahrestag der formellen Wiedervereinigung, am 3. Oktober 1993, hielt Kohl eine Feier in Saarbrücken ab – weiter westlich geht's in Deutschland kaum noch –, während in Berlin mehrere tausend für die DDR demonstrierten.

Es gibt jetzt eine Nostalgie-Welle für die DDR, „Ostalgie“ genannt, einschließlich eines Werbefilms für Club-Cola, die Erich Honecker bei Gymnastikübungen zeigt. Eine Disco in Dresden ist sehr beliebt, weil man keinen Eintritt zahlen muß, wenn man das FDJ-Hemd trägt; Hunderte weinen, wenn die DDR-Fahne aufgezogen wird unter Rufen von „Frieden! Freiheit! Solidarität!“ und „DDR, mein Vaterland!“ (Londoner *Guardian*, 9. November 1993). Interessanterweise hat diese Sehnsucht nach der guten alten Zeit unter „Honi“ bei den früheren Führern der ostdeutschen „Bürgerbewegung“, die im Herbst 1989 aufstieg, Klagen hervorgerufen. Der Filmemacher Konrad Weiss, jetzt ein gutbezahlter Bundestagsabgeordneter des Bündnis '90, lamentierte, „daß unsere friedliche Revolution gescheitert ist“, und denunzierte diese „merkwürdige DDR-Nostalgie“ als „geradezu pervers“. Die früher dissidente Schriftstellerin Christa Wolf, gerade aus Santa Monica, Kalifornien, zurück, wies ebenfalls die DDR-Nostalgie zurück:

„Und mich wird man nicht dazu bringen, das nachträglich wunderbar zu finden, aber ebensowenig wird man mich dazu bringen, das wunderbar zu finden, wie man heute das alles abwickelt.“ (Laut *dpa*, 1. Oktober 1993)

Wir Trotzisten haben konsequent die DDR gegen die Konterrevolution verteidigt, aber wir idealisieren auch nicht den stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaat. Nach dem Fall der Honecker-Regierung und der Öffnung der Berliner Mauer intervenierten wir mit allen verfügbaren Kräften in der DDR und forderten: „Für politische Revolution in Ostdeutschland!“, und: „Arbeiterräte an die Macht in ganz Deutschland!“ Aber die beginnende politische Revolution in der DDR wurde durch den Drang des deutschen Imperialismus zum Anschluß überwältigt. Bei den Volkskammerwahlen im März 1990 kandidierte die SpAD unter der zentralen Losung: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ Im Gegensatz dazu schloß sich das Bündnis '90 dem Drang zur Wiedervereinigung an, obwohl viele seiner Führer das Manifest vom November 1989 „Für unser Land“ unterzeichnet hatten, das zu einer „sozialistischen Alternative“ zu Westdeutschland aufrief. Und in der Folge, während die Spartakisten aufriefen: „Viertes Reich: Hände weg von Honecker!“ und Freiheit für Keßler, Mielke und Markus Wolf forderten, waren die „Bürgerrechts“-advokaten diejenigen, die am stärksten die Hexenjagd gegen die Roten anheizten (zusammen mit der wütend antikommunistischen SPD-„Justiz“-senatorin Berlins). Nette „Demokratie“!

An der widersprüchlichen Haltung der „Bürgerrechtsbewegung“ zur DDR kann man sehen, wie die „klassen-



Wallis/Sipa

10. November 1989: Tausende strömten zum Brandenburger Tor, als die Mauer inmitten des Massenaufbruchs in der DDR aufgemacht wurde

lose“ Perspektive dieser kleinbürgerlichen Demokraten fehlschlägt, im Gegensatz zum proletarisch-revolutionären Programm der Marxisten. Dies wird nirgendwo klarer als in ihrer Haltung zur Mauer. So schrieben wir im November 1989, nach der Demonstration von einer Million auf dem Alexanderplatz und der Öffnung der Berliner Mauer und nachdem wir wieder betont hatten, daß die Mauer errichtet worden war als eine Barriere gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands:

„Aber was am Ende die Mauer zu Fall brachte, war nicht imperialistischer Revanchismus, sondern sozialer Kampf der ostdeutschen Massen. Heute kann Reisefreiheit durch die Mauer auch als ein Sprungbrett für revolutionäre Einheit und gemeinsamen Kampf der Arbeiterklassen des kapitalistischen Westens und des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats dienen.“ (*WV* Nr. 490, 24. November 1989)

Führer der „Bürgerbewegung“ wie Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum dagegen lamentierten über die Öffnung der Mauer und sagten, dies sei „nichts als Korruption der Bevölkerung“, und: „Das bißchen nationaler Identität, das sich in den letzten zwei Monaten entwickelte, wird in Westberliner Schokolade ertränkt werden“ (*New York Times*, 13. November 1989). Neulinke Gruppen klagten in ähnlicher Weise, die DDR-Bevölkerung sei mit Bananen aufgekauft worden.

Zu dieser Zeit warnten wir, daß die wirtschaftlichen Konsequenzen des Mauerdurchbruchs eine Herausforderung für die Existenz der DDR seien, was aber nicht notwendigerweise den Untergang des Arbeiterstaats bedeute. Offen für Personenverkehr, könnte die Grenze weiter bestehenbleiben als ein Instrument zur Währungskontrolle, wenn sie mit einer konvertiblen DDR-Währung kombiniert würde, die als Puffer zum Weltmarkt fungieren könnte. Aber selbst unter den SED-Reformern konnte das stalinistische Regime ein solches Programm nicht durchführen. Die notwendigen wirtschaftlichen Verteidigungsmaßnahmen – Währungsreform, kontrollierter Umtausch, Rationalisierung von Subventionen – waren nur möglich durch die politische Loyalität der Bürger, und das „erfordert die Errichtung einer revolutionären Regierung von Arbeiterräten“ und „die Notwendigkeit vor allem einer sozialistischen

internationalen Wirtschaftsplanung, die die nationalistische bürokratische Kommandowirtschaft ersetzt“ („Für ein rotes Deutschland in einem sozialistischen Europa!“, *Spartakist* Nr. 65, 15. Dezember 1989).

Die Spartakisten verteidigten die Mauer als ökonomische Maßnahme. Die „Bürgerrechts“bewegung dagegen, trotz all ihrer Klagen darüber, daß Honecker und Ulbricht die Bevölkerung wie Kinder behandelten, schloß sich den Stalinisten an und sah die Mauer als ein Mittel, um die „Korruption der Bevölkerung“ zu verhindern.

Die Berliner Mauer und „friedliche Koexistenz“

In seiner Rede vor dem Berliner Gericht im Dezember 1992 sagte Honecker: „Wie und warum es zum Bau der Mauer gekommen ist, interessiert die Staatsanwaltschaft nicht... Erich Honecker hat die Mauer gebaut und aufrechterhalten. Basta... Der Kommunist wird zum Kriminellen gestempelt und als solcher verurteilt.“ Nur ein sozialistischer „Unrechtsstaat“ könnte jemals die Auswanderung seiner Bürger behindern, sagen die offiziellen Sprecher des Vierten Reichs. Sie hätten sich mal Westdeutschlands eigene Geschichte ansehen können. Im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik, in einer Zeit von Massenarbeitslosigkeit und Hunger, gab es im September 1948 im Parlamentarischen Rat der westlichen Besatzungszonen eine Debatte über die Forderung nach einem grundlegenden Recht auf Emigration. Dies wurde *abgelehnt*. Einer der Delegierten, der SPD-Vordenker Carlo Schmid, warnte vor der Gefahr eines Massenexodus: „Deutschland stelle aber jetzt eine Schicksalsgemeinschaft dar, aus der es keine Flucht geben dürfe“ (zitiert in Peter Glotz, „Wir Komplizen“ im *Kursbuch 111: In Sachen Erich Honecker*, 1993). Er drängte auf die Beschlagnahmung des Eigentums derjenigen, die weggingen. Republikflucht war nicht nur in Ostdeutschland ein Verbrechen, wie sich herausstellt.

Die Herrscher Westdeutschlands akzeptierten nie, daß ein Drittel des reduzierten Reichs durch den Sieg der Roten Armee der kapitalistischen Herrschaft entrissen worden war. Jahrelang leugneten westdeutsche offizielle Stellen die einfache Existenz der DDR und drohten, die Beziehungen zu jedem Land abzubrechen, das die Regierung in Ostberlin anerkannte (die Hallstein-Doktrin), sie redeten sogar ausschließlich von der „SBZ“ (Sowjetische Besatzungszone). Nach der Errichtung der Mauer im August 1961 nutzten Antikommunisten diese als ein Symbol, um die DDR zu diskreditieren, und nannten sie den „Mauerstaat“. Sie beschworen das Bild eines riesigen Konzentrationslagers herauf und setzten dadurch Stalinismus mit Faschismus gleich,

entsprechend der Linie der „Totalitarismus“-These des Kalten Kriegs, die bei Pseudo-Liberalen wie Hannah Arendt und Nazi-Apologeten wie Professor Ernst Nolte beliebt war, der in der „Historikerdebatte“ Ende der 80er Jahre berüchtigt wurde, weil er behauptete, daß Stalin schlimmer als Hitler und für ihn verantwortlich sei.

Hinter diesem Sprachgebrauch stand die Entschlossenheit des deutschen Imperialismus und seiner Parteien (der Christdemokraten und Freidemokraten ebenso wie der Sozialdemokraten), die DDR für den Kapitalismus zurückzuerobern. Auf diesen konterrevolutionären Feldzug antworteten die Stalinisten mit dem Hirngespinn der „friedlichen Koexistenz“ der beiden entgegengesetzten sozialen Systeme. In seiner Ansprache vor Gericht argumentierte Honecker, daß „eine Spannungssituation in Deutschland... den Weltfrieden gefährdete. Die Menschheit stand am Rande eines Atomkrieges.“ Wäre die Mauer nicht gebaut worden, hätte dies „Tausende oder Millionen Tote zur Folge gehabt“. In einem ausgedehnten „Kreuzverhör“ Honeckers durch zwei ostdeutsche Autoren, Reinhold Ander und Wolfgang Herzberg, *Der Sturz* (Aufbau-Verlag, 1991), sagte der DDR-Führer über den Bau der Mauer: „Soweit wir später gehört haben, waren sogar Adenauer als auch der amerikanische Präsident... erleichtert, daß wir in der Nacht zum 13. August 1961 diese Frage so gelöst haben, um damit einen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten.“

Es gab ganz sicher jede Menge Spannungen in Deutschland, die den Weltfrieden bedrohten. Die Adenauer-Regierung in Bonn verfolgte eine „Politik der Stärke“, betrieb massiv die Wiederaufrüstung, baute eine Bundeswehr auf, die die mehrfache Größe der DDR-Volksarmee hatte, und der rechte Kriegsminister Franz Josef Strauß forderte lautstark taktische Atomwaffen. Und was Washington betraf, so trompeteten sie zwar nicht die „Rollback“-Rhetorik von Eisenhowers Minister John Foster Dulles heraus, aber nach ihrem Debakel in der kubanischen Schweinebucht versuchte die Kennedy-Regierung, vor den Sowjets Härte zu demonstrieren. Beim Wiener Gipfel im Juni 1961 lehnte Kennedy die Aufforderung des Sowjetführers Chruschtschow nach einem Friedensvertrag für Deutschland ab, er sagte, dies sei erst möglich, wenn es eine einzige deutsche Regierung gäbe. Ein Memo des Nationalen Sicherheitsrates erklärte, der Grund, warum die USA und ihre Verbündeten sich „weigerten, die sogenannte ‚Deutsche Demokratische Republik‘ anzuerkennen, ist, daß es in Wirklichkeit kein solches Land gibt“ (zitiert in Norman Gelb, *The Berlin Wall: Kennedy, Khrushchev, and a Showdown in the Heart of Europe* [Die

Fortgesetzt auf Seite 16

Wandsprüche wie hier aus Freienwalde zeigen bittere Erfahrung mit der Realität der kapitalistischen Wiedervereinigung



Honecker...

Fortsetzung von Seite 15

Berliner Mauer: Kennedy, Chruschtschow und eine Machtprobe im Herzen Europas], Times Books, 1986).

Dulles war weg, aber der Kalte Krieg war heiß angefacht, und nukleares „Spiel mit dem Feuer“ à la Dulles war immer noch Washingtons Herangehensweise an Moskau. In einer säbelrasselnden Fernsehansprache Ende Juli peitschte Kennedy eine Krisenatmosphäre hoch, kündigte ein um mehrere Milliarden Dollar erhöhtes Budget des Pentagon an, erheblich verstärkte Einberufungen zur Armee und die Reaktivierung von Reserveeinheiten und Einheiten der Nationalgarde. Im Fall einer neuen Blockade Berlins sahen US-Pläne nicht nur eine Luftbrücke, sondern das Heranschaffen von Militäreinheiten über die Autobahn vor – d. h. eine Invasion Ostdeutschlands. Der US-Kriegsminister Robert McNamara erklärte öffentlich: „Wir werden atomare Waffen einsetzen, wo immer wir denken, daß es notwendig ist, um unsere lebenswichtigen Interessen zu schützen.“ Und JFK machte sich vor Mitarbeitern Sorgen über Kommandostrukturen: „Wenn wir einen atomaren Krieg anfangen müssen, müssen wir klarstellen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten ihn startet“ statt „eines schießfreudigen Sergeants auf einem Lastwagenkonvoi an einem Checkpoint in Ostdeutschland“ (zitiert in Peter Wyden, *Wall: The Inside Story of Divided Berlin* [Die Mauer: interne Geschichte des geteilten Berlin], Simon and Schuster, 1989).

Effektiver als die militärischen Drohungen der Imperialisten war die westdeutsche wirtschaftliche Kriegsführung. Im September 1960 kündigte Bonn einseitig sein Handels-



Der Spiegel

Kalter Krieg im August 1961: Aufmarsch am Checkpoint Charlie

abkommen mit Ostdeutschland auf und unterstrich damit, daß die DDR bei verschiedenen Rohstoffen vom Westen abhängig geworden war und auch bei Zwischengütern wie Stahl. Und als die Berliner Krise eskalierte, stieg auch die Anzahl der Ostdeutschen, die nach Westberlin überwechselten. Die westliche Propaganda machte für diesen Abgang über die ungesicherte Grenze die Politik der „harten Linie“ des DDR-Regimes unter Walter Ulbricht verantwortlich, besonders die Kollektivierung der Landwirtschaft. Aber die späten 50er Jahre waren eine Periode raschen wirtschaftlichen Fortschritts in Ostdeutschland, einschließlich der Abschaffung der Rationierung von Fleisch, Zucker und Fett. Und die Kollektivierung wurde Anfang 1960 durchgeführt, als die Anzahl der Grenzüberläufer niedriger war. Was im

Sommer 1961 passierte, war Torschlußpanik, da die „harte“ Sprache des Westens viele überzeugte, daß die Zeit jetzt oder nie wäre. Darüber hinaus gibt selbst der führende westdeutsche DDR-Historiker zu, daß „die westdeutsche Massenpresse mit reißerischen Schlagzeilen über Flüchtlingszahlen“ dazu beitrug, „den Flüchtlingsstrom zu einer Flut anschwellen zu lassen“ (Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, dtv, 1985).

Ostdeutschlands stalinistische Herrscher konnten mit diesem Phänomen nicht offen umgehen. Die DDR-Propaganda sprach von „Kopffägern“ und „Menschenschmuggel“, und sie schnapten sogar ein paar Leute, die bei Elektrokohle Lichtenberg in Ostberlin Facharbeiter rekrutierten. Aber eine Massenflucht solchen Ausmaßes, insgesamt fast 2,7 Millionen Menschen (bei einer Bevölkerung von 17 Millionen) von 1949 bis August 1961, als die Grenze zugemacht wurde, kann nicht nur durch Aktionen westlicher Agenten erklärt werden. Dieser Exodus war klar eine Auswirkung des Vorsprungs der Bundesrepublik (schätzungsweise um rund 25 Prozent) bei der Produktion von Konsumgütern.

Ulbricht erklärte auf dem 5. Parteikongreß der SED 1958, die „ökonomische Hauptaufgabe“ für die DDR sei es, Westdeutschland einzuholen und zu überholen beim „Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern“. Aber 1961 war es klar, daß dieses utopische Programm (verbunden mit Chruschtschows Gerede, die USA bis 1965 zu überholen), nicht funktionierte, und trotz substantiellen Wachstums der DDR wurde die wirtschaftliche Kluft zum Westen größer. Intern hatten die Spitzen der Bürokratie ein ziemlich ge-

naues Bild der Situation. In einer vor kurzem veröffentlichten Korrespondenz mit Chruschtschow von 1960 (*Utopie kreativ*, Mai/Juni 1993) gab der DDR-Führer zu, „daß die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe bis Ende 1961 sich als schwieriger erweist, als ursprünglich angenommen wurde“, und später: „Im ökonomischen Wettbewerb zwischen der DDR und Westdeutschland hat Westdeutschland 1960 weitere Vorteile gewonnen.“ Aber sie konnten dies nicht öffentlich zugeben, weil sie es nicht erklären konnten: Es paßte nicht in das stalinistische Programm des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“.

Ein Brief von Ulbricht an Nikita Chruschtschow vom Juli 1960 stellt klagend fest:

„Aber Westdeutschland erweist sich wirtschaftlich als stark. Wir können es uns schließlich nicht aussuchen, mit wem wir die Kräfte im Wett-

bewerb messen möchten. Wir sind einfach gezwungen, vor Westdeutschland zu bestehen. Allerdings reicht die wirtschaftliche Kraft der DDR allein dafür nicht aus... Offen gesagt: ohne engste Verbindungen mit der mächtigen Wirtschaft der UdSSR kann sich unsere Wirtschaft insgesamt nicht entwickeln.“

Empirisch war dies ein offenes Eingeständnis der Unmöglichkeit, den „Sozialismus“ in einem halben Land aufzubauen – besonders in der schwächeren Hälfte (oder dem Drittel) eines Landes –, das der robustesten kapitalistischen Wirtschaft der Welt gegenübersteht. Und trotz früherer Erfolge der Planwirtschaft konnte selbst der Sowjetblock nicht dem Ansturm des viel mächtigeren kapitalistischen Weltmarktes widerstehen (kombiniert mit unnachgiebigem



Berlin, 4. November 1989: Sozialistische Losungen prägen die Massendemonstrationen während beginnender proletarisch-politischer Revolution. Spartakisten intervenierten mit Tageszeitung gegen Drang der westdeutschen Imperialisten für kapitalistische Konterrevolution

imperialistischen militärischen Druck). Die Arbeiterstaaten konnten versuchen, gegen den Imperialismus auszuhalten, aber sie konnten den Sozialismus nur aufbauen durch die Ausbreitung der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies war die Losung der Sowjetrepublik unter Lenin und Trotzki und die der frühen Kommunistischen Internationale. Aber das Programm der sozialistischen Weltrevolution wurde von der konservativen, nationalistischen Bürokratie *geschmählt* — deren Sprecher Stalin wurde —, die eine „Koexistenz“ mit dem Imperialismus suchte, nach dem Motto: leben und leben lassen.

Was die Mauer bewirkte: Zeitweilige Stabilisierung der DDR

Aber es gehören immer zwei dazu. Die Imperialisten ließen sich auf „friedliche“ Koexistenz mit den stalinistischen Regimen (wobei sich die Feindseligkeit des Kalten Kriegs und die „Entspannungspolitik“ abwechselten, kombiniert mit einer Reihe von Stellvertreterkriegen in der Dritten Welt) nur so lange ein, wie sie diese Arbeiterstaaten nicht zerstören konnten, egal wie bürokratisch degeneriert und deformiert sie auch waren. Der Bau der Berliner Mauer war eine Niederlage für die Versuche des Kremls, mit den westlichen Imperialisten eine Anerkennung des Status quo in Europa auszuhandeln. Die DDR war schlimm am Ausbluten, sie verlor Fachkräfte (besonders Ärzte) an den Westen und auch junge Facharbeiter, angelockt durch die Bilder des Wohlstands, die sie im Westfernsehen sahen. In Schlüsselbetrieben drohte der Produktionsstillstand, die Knappheit an Nahrungsmitteln nahm zu.

Angesichts dieser Notlage waren die Stalinisten wenigstens noch in der Lage, entschlossen zu handeln. Vom 3. bis 5. August 1961 fand in Moskau ein Treffen der führenden Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten statt, bei dem die DDR aufgefordert wurde, ihre Grenze zu Westdeutschland zu sichern. Marschall Konjew (der zusammen mit Schukow 1945 Berlin erobert hatte) wurde zum Kommandeur der sowjetischen Truppen in der DDR ernannt, um die Operation zu überwachen. Ulbrichts ehrgeiziger junger Protegé Honecker, der Sekretär des SED-Zentralkomitees für Sicherheitsfragen war, bildete einen Stab zur Durchführung der Operation, die schon seit dem Frühjahr vorbereitet worden war. Es gelang, die Aktion geheimzuhalten; man überrumpelte die NATO-Imperialisten, und in den frühen Morgenstunden des 13. August wurde die Grenze dichtgemacht, zuerst mit Stacheldraht und später mit der Betonmauer. Dies ist das „Verbrechen“, für das die deutsche Bourgeoisie Erich Honecker den Prozeß gemacht hat.

Am Checkpoint Charlie standen sich amerikanische und sowjetische Panzer direkt gegenüber, aber sie rührten sich nicht. Der Bundeskanzler sagte kaum etwas und blieb in Bonn. Bedeutet dies, daß Kennedy und Adenauer „erleichtert“ waren, wie Honecker behauptet? Wohl kaum. In Washington wurden in der Planungsabteilung des Pentagons unter Paul Nitze zwei „Krisensimulations“-Kriegsspiele durchgeführt, zu den Spielern gehörten auch McGeorge Bundy und Henry Kissinger. Die Spiele zeigten laut Daniel Ellsberg, einem anderen Spieler, „wie schnell man vor der Wahl stand, entweder Atomwaffen einzusetzen oder aufzugeben“. Kennedy-Berater Arthur Schlesinger Jr. schrieb: „Alle waren sich darüber einig, daß wir eventuell zum Atomkrieg übergehen müßten.“ Eventuell? Der Journalist Paul Wyden hat in seinem Buch *Wall* spätere Behauptungen von McNamara widerlegt, daß der Einsatz von Atomwaffen wegen Berlin ausgeschlossen gewesen sei; er berichtete, „das Szenario des ‚Erstschlags‘-Überraschungsangriffs ... tauchte wieder auf, diesmal von Militärplanern bis ins Detail der Flughöhen und -taktiken der angreifenden amerikanischen Bomber ausgearbeitet“. Man hielt es für machbar, aber die wahrscheinlichen Verluste der USA (3 bis 15 Millionen Tote durch einen sowjetischen Zweitschlag) fand man zu hoch.

Westdeutschlands „Politik der Stärke“ war fehlgeschlagen. Chruschtschow deckte Kennedys Bluff auf. Also drehte statt dessen die imperialistische Propagandamaschine voll auf, mit der üblichen Rhetorik über den „eisernen Vorhang“ und das totalitäre Regime in Ostdeutschland. Aber Fotos zeigen, daß Ostberliner Familien herumstehen und den NVA-Truppen dabei zuschauen, wie sie die Barrieren um das Brandenburger Tor errichten, und nicht verzweifelt versuchen, „in die Freiheit zu fliehen“. Außerdem wurden die 10 000 regulären Soldaten der Volksarmee im Berliner Raum, weil sie für die Operation nicht ausreichten, durch 12 000 Mann von den Berliner Betriebskampfgruppen ergänzt, und weitere Tausende wurden aus Sachsen herbeordert. Die Realität war: Jeder konnte sehen, daß die Existenz der DDR auf dem Spiel stand, und diejenigen, die sie verteidigten, unterstützten den Bau der Mauer. Dazu gehörten viele prosozialistische Intellektuelle. Als Antwort auf einen offenen Brief des westdeutschen SPD-Schriftstellers Günter Grass, der erklärte: „Wer schweigt, wird schuldig“, schrieb DDR-Schriftsteller Stephan Hermlin:

„Ich habe meiner Regierung am 13. August kein Danktelegramm geschickt und ich würde meine innere Verfassung auch nicht als eine solche ‚freudige Zustimmung‘,

Fortgesetzt auf Seite 18

Honecker...

Fortsetzung von Seite 17

wie manche sich auszudrücken belieben, definieren...

Aber ich gebe den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik meine uneingeschränkte ernste Zustimmung ... den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen.“ (Aus Hans Werner Richter, *Die Mauer oder der 13. August*, Rowohlt, 1961)

Der Bau der Mauer erlaubte es dem DDR-Regime in der Tat, sich wirtschaftlich zu stabilisieren. Ein „Neues ökonomisches System der Planung und Lenkung“ (NÖS) wurde 1963 eingeführt, das den Staatsbetrieben größere Autonomie gab. In den Folgejahren gab es einen starken Anstieg der Konsumgüterproduktion. Die Ziele des Siebenjahresplans, der 1965 endete, wurden zwar auf vielen Gebieten nicht erreicht, dennoch verdreifachte sich die Zahl der Autos und Fernseher, stieg die Zahl der Waschmaschinen aufs Fünffache und die Zahl der Kühlschränke aufs Sechsfache. Immer mehr Frauen wurden berufstätig, hatten eine bessere Ausbildung und gehörten zur technischen Intelligenz (aber nicht zur SED-Führung), weil grundlegende Dienste bereitgestellt wurden wie Kindertagesstätten, Wäschereien und Verhütungsmittel, und auch die Zuteilung von Wohnraum für alleinerziehende Mütter. Als das dezen-

Gebrauchsgüter pro Haushalt

Angaben in %	1955	1966	1970	1975	1985
Fernseher	1	54	69	82	93
Waschmaschinen	0,5	32	53	73	92
Kühlschränke	0,4	31	56	86	99
Autos	0,2	9	15	26	46

Quelle: Hermann Weber, *Geschichte der DDR*

tralisierte Wirtschaftssystem zu Ungleichgewichten und Engpässen führte – so stieg zum Beispiel die Industrieproduktion doppelt so schnell wie die Stromerzeugung, was zu Energiekürzungen führte –, wurde 1970 das NÖS fallengelassen und die Wirtschaft wieder zentralisiert.

Nachdem Honecker 1970 mit der Unterstützung von Breschnjew eine Palastrevolte inszeniert hatte, um den alternden Ulbricht zu stürzen, legte er besonderes Gewicht auf die kontinuierliche Steigerung der Konsumgüterproduktion, was größtenteils erreicht wurde. Beim Versuch, mit dem Westen auf dem Gebiet des „Konsumismus“ statt des Kommunismus zu konkurrieren, produzierte die DDR Millionen von Jeans im Jahr und, als sich die Mode änderte, stonewashed Jeans. Immer noch gab es viele Beispiele für fürchterliche Mißwirtschaft der politischen Führung. Im Interview in *Der Sturz* schildert Honecker einen Fall, der im Politbüro entschieden wurde: „Es gab zum Beispiel lange Zeit für Damen keine Schlüpfers zu kaufen, nicht in Berlin, nicht in der Republik. Ich habe das gehört und habe das im Politbüro aufgerollt. Da sagte die Inge Lange: ‚Na, weißt du das nicht, wir geben jetzt vom Frauenbund heraus, wie man sich einen Schlüpfers nähen kann.‘“ Honecker bemerkt zu diesem „Skandal“: „Ein Land mit einer großen Textilindustrie und mit einem Riesenexport kann nicht genug Damenschlüpfers produzieren.“

Selbst abgesehen von solchen bürokratischen Absurditäten führte dies nicht gerade zu allgemeiner Zufriedenheit. Vor allem gilt, wie Trotzki in den 30er Jahren vorhergesagt hat, daß mit der Entwicklung der Wirtschaft die bürokratische Kontrolle zunehmend Qualitätsverbesserungen behin-

dert. Das berüchtigste Beispiel war der Trabant mit seinem lauten, stinkenden Zweitaktmotor und seiner Kunststoffkarosserie, in dem man während der Fahrt ordentlich durchgerüttelt wurde. Mitte der 60er Jahre *entschied* sich Ulbricht tatsächlich *gegen* die Produktion eines vernünftigen Familienwagens von der Art eines VW Golf (zu einer Zeit, als VW immer noch den Käfer baute), weil dies zu teuer geworden wäre und zu einer „Privatisierung“ der Bevölkerung hätte führen können. Die Logik war: Die Bürokratie weiß am besten, was die Menschen brauchen.

Das gleiche Prinzip steckte hinter der Preispolitik, die keinerlei Bezug zu den Produktionskosten hatte: Um die Geburtenrate zu steigern, wurde alles vom Kinderwagen bis zur Kinderbekleidung hoch subventioniert. Auf der anderen Seite entstanden manche Knappheiten durch die verzweifelten Versuche der DDR-Führung, Devisen zu bekommen durch den Export von Konsumgütern. So war das Spitzenmodell der ostdeutschen Kameras, die Praktica, extrem teuer und in der DDR kaum zu kriegen, weil sie fast ausschließlich für den Export in den Westen produziert wurde. Die arrogante Bevormundung durch die Bürokratie machte die DDR-Bevölkerung wütend und entfremdete sie von „denen da oben“.

Doch vor allem konnte die DDR, wie Ulbricht feststellte, sich nicht aussuchen, gegen wen sie im Konkurrenzkampf stand: Verglichen wurde immer mit dem reichen Westdeutschland. Und hier kommt man zurück zur grundlegenden Unmöglichkeit des stalinistischen Luftschlosses vom „Sozialismus in einem Land“, selbst in einem relativ fortgeschrittenen Staat wie der DDR. Denn die unerbittliche Macht der billigen (und hochwertigen) Waren ist auf lange Sicht eine größere Bedrohung als die Gefahr einer Militärintervention.

Lenin hat wiederholt betont: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“ („Die große Initiative“, Juli 1919). Die grundlegende materielle Basis des Sozialismus ist ein genügend hohes Maß an Überfluß, das eine klassenlose Gesellschaft möglich macht. Karl Marx hat in „Die deutsche Ideologie“ (1845/46) unterstrichen, daß die „Entwicklung der Produktivkräfte ... auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung“ für den Kommunismus ist, erstens „weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte“. Und zweitens, „weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein *universeller* Verkehr der Menschen gesetzt ist“. „Ohne dies könnte“, betonte er, „der Kommunismus nur als eine Lokalität existieren“ und „würde jede Erweiterung des Verkehrs den lokalen Kommunismus aufheben“.

Hierin liegt der Grund, warum die relative Stabilisierung, die durch die Berliner Mauer eintrat, letztlich die DDR nicht retten konnte. Obwohl Ulbricht und Honecker es schafften, die Bevölkerung mit Fernsehern, Kühlschränken, Waschmaschinen und (in geringerem Umfang) Autos zu versorgen, konnte das westdeutsche Kapital wegen seines höheren Niveaus der Arbeitsproduktivität billigere und bessere Farbfernseher, schnellere und bequemere Autos und auch neue Produkte wie Videorecorder und Mikrowellenherde liefern. Wieder hat Marx diese Entwicklungen vorhergesehen, als er schrieb, daß, „wenn in England eine Maschine erfunden wird“, z. B. der mechanische Webstuhl, dies im weit entfernten Indien und China „die ganze Existenzform dieser Reiche unwälzt“. Selbst die ostdeutsche Faszination über Bananen als ein Faktor, der zur Konterrevolution beigetragen hat, wurde von Marx schon vorhergesehen, als er schrieb, „daß der Zucker und Kaffee ihre weltgeschichtliche Bedeutung im neunzehnten Jahrhundert

Von links:
Markus Wolf,
Heinz Keßler
und Erich
Mielke.
Führende DDR-
Repräsentanten
werden von
rachsüchtigen
Herrschern des
Vierten Reichs
vor Gericht
gezerrt



Der Spiegel



AP



Andreas Schoelzel

dadurch bewiesen, daß der durch das napoleonische Kontinentalsystem erzeugte Mangel an diesen Produkten die Deutschen zum Aufstande gegen Napoleon brachte“.

Internationale Revolution ist der Schlüssel

In seiner Kritik des Programmentwurfs von Stalin/Bucharin für die Komintern, *Die III. Internationale nach Lenin* (1929), schrieb Trotzki:

„Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, wenn nur nicht eine Intervention dazwischenkommt. Daraus kann und muß ... eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen. Das Ziel ist die Umgehung einer Intervention... Die Aufgaben der Parteien der Komintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die USSR vor einer Intervention schützen und nicht etwa für die Eroberung der Macht kämpfen.“

So wurde das antileninistische, antimarxistische, nationalistische Dogma des „Sozialismus in einem Land“ im eigenen Land schließlich für andere Länder festgeschrieben in der klassenkollaborationistischen Politik der „Volksfront“, bei der die Forderung nach einem Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie die Ausrede dafür war, proletarische Revolutionen abzuwürgen, z.B. in Spanien während des Bürgerkriegs 1936–39. Die westlichen Kommunistischen Parteien hatten nichts anderes zu sein als „Grenzschilder“ für die von den Stalinisten beherrschte Sowjetunion.

Und was wäre ein besserer Grenzschutz als eine Mauer? Für Ulbricht/Honecker u. a. war die Berliner Mauer der auf die Spitze getriebene Ausdruck des stalinistischen falschen Bewußtseins, daß sie den „Sozialismus“ in ihrem Land aufbauen könnten, wenn sie nur eine westliche Militärintervention vermeiden könnten. Das ging Hand in Hand mit dem Aufbau eines überzogenen inneren Sicherheitsapparates, der über den notwendigen Kampf gegen imperialistische Spionage und konterrevolutionäre Subversion hinausging und zu allgemeiner Schnüffelei und intellektueller Unterdrückung führte. Viele DDR-Reformer hofften, daß der relative wirtschaftliche Schutz und die Stabilisierung, die sich aufgrund der Mauer in den ersten Jahren ergaben, zu einer schrittweisen Liberalisierung des Regimes führen würde. Aber die Bürokratie war zutiefst feindselig gegen Arbeiterdemokratie, die ihre privilegierte Position gefährdet hätte. Sie sah in der Mauer eine Garantie für ihre Unsterblichkeit. 1986 inszenierte die DDR-Bürokratie mit großem Pomp und Aufwand die Feiern zu „25 Jahren antifaschistischer Schutzwall“ (!), und noch Anfang 1989 sagte Honecker voraus, daß die Mauer noch weitere *hundert Jahre* stehen würde! Aber der „Schutzwall“ bekam ein Leck.

Der stalinistische repressive Inhalt der DDR-Politik läßt sich selbst in ihren Erfolgsgeschichten sehen, z.B. bei Honeckers massivem Wohnungsbauprogramm. Von 1970 an wurden mehr als 3,2 Millionen Wohnungen gebaut, so daß über die Hälfte der DDR-Bevölkerung in Neubauwohnungen lebte. Dies war eine mehr als doppelt so hohe Rate pro Kopf wie in jedem anderen deformierten Arbeiterstaat und sogar höher als in Westdeutschland. Es wurde die Entscheidung getroffen, die knappen Ressourcen nicht für die Renovierung der Innenstädte Ostdeutschlands einzusetzen. Bürgerliche Kritiker nennen zwar die neuen Wohnblocks, die gebaut wurden, „Kasernen“ und „Silos“, doch sie sind im allgemeinen komfortabel und manchmal sogar attraktiv. Solch eine enorme Leistung wurde ermöglicht durch die Perfektionierung von Techniken der industriellen Vorfertigung. Außerdem wurde sie erreicht durch Appelle an das sozialistische Bewußtsein: Die riesigen Ostberliner Plattenbau-Bezirke Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf wurden durch die Mobilisierung der FDJ gebaut. Es gibt allseits bekannte Probleme mit der Qualität. Doch der auffallendste Mangel besteht darin, daß diese riesigen Neubaugebiete ohne irgendwelche geschäftlichen oder sozialen Zentren gebaut wurden, weil das Honecker-Regime vor allen unkontrollierten größeren Versammlungen seiner Bevölkerung Angst hatte. Um die wachsende Bevölkerung in den Vororten unter der Vorherrschaft des Dollars zu organisieren, hat der Kapitalismus amerikanischen Stils die Einkaufszentren entwickelt, die nach und nach zu einem sozialen Treffpunkt geworden sind. Aber der DDR-Stalinismus hat im Gegensatz zu seinem kommunistischen Anspruch ganz bewußt versucht, die Bevölkerung dadurch zu *privatisieren*, daß man sie nach der Arbeit nach Hause schickte. (Andererseits hatten die Fabriken ausgiebige soziale und kulturelle Einrichtungen – darunter Kindertagesstätten, Büchereien, Sportklubs –, unvorstellbar in einem kapitalistischen Unternehmen.) Das Fehlen sozialer Einrichtungen in Wohngebieten hat zusammen mit der Schließung aller FDJ-Jugendklubs im Osten nach der Wiedervereinigung eine Rolle gespielt beim Anwachsen von Nazibanden unter den Jugendlichen.

Ähnlich überzogene Sorgen um die soziale Kontrolle zeigten sich im extrem begrenzten Ausbau des Telefonnetzes: Nur ein Fünftel der Bevölkerung hatte Telefon, und höchstens zehn Prozent der Arbeiter. Honecker und Mielke wollten nicht, daß die Arbeiter miteinander kommunizieren konnten, und wollten die Kosten für das Abhören der Telefongespräche niedrig halten.

Das vielleicht berühmteste Beispiel für gescheiterte stalinistische Unterdrückung betrifft das westdeutsche

Fortgesetzt auf Seite 20

Honecker...

Fortsetzung von Seite 19

Fernsehen. Lange Zeit versuchte die DDR, die Bevölkerung davon abzuhalten, Westsender zu sehen. Sie entwickelten eine spezielle Antenne, die keine Signale aus dem Westen empfangen konnte. Als Honecker Chef der FDJ war, führte die Jugendgruppe die „Operation Ochsenkopf“ durch, sie stiegen auf Dächer von Wohnhäusern in der ganzen Republik, um die Antennen, die nach Westen zeigten, abzumontieren. In Halle wurden einmal beschlagnahmte Fernseher mit ihren zerbrochenen Antennen auf dem Marktplatz gestapelt, als eine Lektion für die Bevölkerung. In der Grundschule mußten Kinder ein Versprechen unterschreiben, daß sie kein Westfernsehen gucken würden. Aber dann gingen sie nach Hause, um Samson in der Sesamstraße zu sehen. Was Ulbricht/Honecker & Co. erreichten, war, Neunjährige zu bewußten Gesetzesbrechern zu machen!

Schließlich gaben sie es auf, das Westfernsehen zu blockieren, und man konnte es in der ganzen DDR gucken, wenn man wollte. Außer im Gebiet um Dresden, das in einer Talsenke liegt, die als „Tal der Ahnungslosen“ berühmt wurde. Daher hat in den letzten Jahren der DDR die lokale SED- und Stadtführung (Modrow und Berghofer), um populärer zu werden, ein Kabelsystem installieren lassen, so daß auch die Bevölkerung von Dresden Westfernsehen gucken konnte. Statt sich auf wirkungslose Maßnahmen zur Informationskontrolle zu stützen, würde ein wirklich kommunistisches Regime für die Offenheit der Medien eintreten, mit ehrlichen Nachrichten, offenen Diskussionen der Probleme im eigenen Land, kreativer kultureller Entwicklung und aggressiven und glaubwürdigen Berichten über die Realität des Lebens unter dem Kapitalismus. Ironischerweise war das westdeutsche Fernsehen fast so langweilig wie das der DDR, mit lauter langweiligen Talkshows und geleitet von evangelischen Pfarrern und sozialdemokratisch/christdemokratisch/freidemokratischen Politikern, die entschlossen sind, die Bevölkerung mit dem zu versorgen, was ihrer Entscheidung nach gut für sie sei.

Die revolutionäre Antwort auf die sehr reale ideologische Subversion aus dem Westen war nicht, die Antennen umzudrehen, sondern die Sendungen auf den Westen auszurichten, um die kapitalistische Bundesrepublik zu unterminieren. Aber dies ist etwas, was die Stalinisten nicht zustandebringen konnten, denn es kollidierte mit ihrer



Spartakist

Nach Zusammenbruch der Sowjetunion wurde Honecker im Juli 1992 für Schauprozeß zurück nach Berlin verschleppt. Spartakisten protestierten am Flughafen Tegel

Einschränkung von Informationen im eigenen Land und ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ weltweit.

Die Imperialisten haben bestimmt niemals die Koexistenz mit den Arbeiterstaaten akzeptiert. Als ihre militärische und direkte wirtschaftliche Subversion durch die Berliner Mauer schachmatt gesetzt wurde, griffen sie zu anderen Methoden. Bei einem Vortrag an der Harvard-Universität im Oktober 1962 erklärte der SPD-Führer Willy Brandt: „Wir müssen mit der Mauer leben“, fügte aber hinzu: „In Berlin, wo die Teilung der Welt sich versteinert hat ... gerade dort erhebt sich auch die Forderung, daß wahre Koexistenz nicht einfach gleichbedeutend sein kann mit der Erhaltung des Status quo“ (zitiert in Peter Brandt und Herbert Ammon, Hrsg., *Die Linke und die nationale Frage*, Rowohlt, 1981). Zusätzlich zu den jahrzehntelangen Spionageaktivitäten für die CIA, durchgeführt vom Ost-Büro der SPD (dessen Akten immer noch unter Verschluss gehalten werden, während die Hexenjäger die Hinterlassenschaft der Stasi durchwühlen), versuchten die Sozialdemokraten, die „friedliche Koexistenz“ auszunutzen, um den Status quo zu unterminieren. Honecker beschrieb die „Menschenrechts“-Erklärung von Helsinki als „einen Codex der friedlichen Koexistenz für unseren Kontinent“. Doch die Imperialisten benutzten die Unterschrift der DDR unter das im Abkommen von Helsinki angeblich verbrieftete Reiserecht als eine Speerspitze ihres ideologischen Angriffs auf die Mauer.

Und wie wir wiederholt gewarnt haben, war die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution bei der endgültigen Zerstörung der DDR. Die Ereignisse von 1989 begannen mit der Öffnung der Grenze von Ungarn, wo Tausende DDR-Bürger ihren Sommerurlaub verbrachten, nach Österreich. Diese Entwicklung war das Ergebnis eines Besuchs des Außenministers des neuen sozialdemokratisch orientierten ungarischen Regimes, der im Frühjahr 1989 SPD-Führer in Bonn besuchte, die ihn an Vertreter des Kohl-Regimes weiterreichten. Und nach vollbrachter Tat verlieh Kohl dem ungarischen Ministerpräsidenten Deutschlands höchste Auszeichnung für seine Verdienste um die Konterrevolution, plus einen großzügigen Kredit von 500 Millionen D-Mark!

Während wir Spartakisten von der Internationalen Kommunistischen Liga gegen die *kapitalistische* Wiedervereinigung waren, traten wir für die *revolutionäre Wiedervereinigung* Deutschlands ein, durch antibürokratische proletarische politische Revolution in der DDR und sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen. Dies war durchaus keine unmögliche Perspektive, z. B. Mitte der 70er Jahre, nach den europaweiten gesellschaftlichen Erschütterungen 1968 und der demütigenden Niederlage der USA in Vietnam. Der stark verfolgte linke DDR-Oppositionelle Robert Havemann, der sich trotz des Drucks durch das Regime weigerte, in den Westen zu emigrieren, umriß einiges von dieser Perspektive in einer Antwort, die er zur Frage der Mauer und der deutschen Einheit gab:

„Auch in Deutschland werden die Grenzbefestigungen fallen. Die Frage ist nur: Welche Seite wird sie einreißen? Von allen Möglichkeiten, die in Betracht zu ziehen sind, wäre die günstigste, wenn es die Erbauer selbst wären, die die Mauer wieder abbauen. Das wäre möglich, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sich in Deutschland derart zu Gunsten der DDR verändert hätten, daß es keinen einseitigen Menschenstrom aus der DDR in die BRD mehr gäbe. Schon jetzt übt die DDR auf viele in der BRD eine wachsende Attraktion aus, während als Folge der sich verschärfenden kapitalistischen Krise die Anziehungskraft der BRD auf die Bürger der DDR nachläßt.“

Nehmen wir einmal an, in der DDR, aber auch in anderen sozialistischen Staaten und auch in der Sowjetunion

hätte sich ein großer politischer Wandel vollzogen. An die Stelle des bürokratischen Zentralismus wäre wirkliche sozialistische Demokratie getreten. Was heute in den Verfassungen dieser Staaten zwar schon dekretiert ist, die Freiheit der Meinungsäußerung, der Information und der Organisation wäre auch praktisch verwirklicht. Alle Reisebeschränkungen wären aufgehoben. Eine wunderbare Blüte von Kunst und Wissenschaft hätte begonnen, frei sich entfaltend ohne die engstirnige Bevormundung durch halbgebildete Amtsbananen. Mit einem Wort: Nehmen wir an, in den sozialistischen Staaten wäre der Sozialismus ausgebrochen! Ja, dann hätten wir Mauererbauer die Mauer nicht mehr nötig und der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung wäre nicht mehr weit.“

(Aus *Die Linke und die nationale Frage*)

Statt dessen strangulierte die Todeshand des Stalinismus jeden Versuch, aus dem bürokratischen Würgegriff auszubrechen, von der schnell unterdrückten politischen Arbeiterrevolution des 17. Juni 1953 bis zu den systematisch gesäuberten, verhafteten und ausgewiesenen sozialistischen Oppositionellen innerhalb und außerhalb der SED. Als also das Regime unter dem unaufhörlichen imperialistischen Druck zusammenbrach, da der sowjetische Führer Gorbatschow im Oktober 1989 seine Unterstützung für Honecker zurückzog und dann im Januar 1990 das grüne Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung gab, waren es die rechten und offen konterrevolutionären Kräfte, die diese Öffnung ausnutzten. Selbst viele der prosozialistischen Intellektuellen, die den Appell „Für unser Land“ veröffentlichten, der eine „demokratische sozialistische“ DDR anstrebte, hatten ein elitäres kleinbürgerliches Programm, das genauso wie die kleinbürgerliche Bürokratie auf die Mauer setzte – als sie erst einmal gefallen war, hatten sie keine Perspektive und verschwanden schnell von der Bildfläche bis auf die Trommler für die antikommunistische Hexenjagd.

Wie Ulbricht 1961 war auch Honecker im nachhinein in der Lage, empirisch die endgültige Sackgasse der DDR, selbst im Rahmen des Sowjetblocks, zu registrieren. In

seiner Broschüre *Zu dramatischen Ereignissen* schrieb er 1992:

„Die DDR war mit ihren Fortschritten wie mit ihren Hemmnissen auf das engste mit dem RGW und seinen Möglichkeiten verflochten. Das Potential des RGW reichte nicht aus, um mit der internationalen Entwicklung Schritt zu halten. Zu spät wurde zum Beispiel im gesamten sozialistischen Lager die Herausforderung durchschaut, die uns aus der wissenschaftlich-technischen Revolution, aus der raschen Entwicklung der Hochtechnologie in einigen wenigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern erwuchs.“

Aber *warum* die bürokratisch degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten nicht mit dem fortgeschrittenen Kapitalismus Schritt halten konnten, bleibt für die stalinistischen Reformisten ein Buch mit sieben Siegeln. Sie konnten sich wie die meisten der linken Dissidenten keine sozialistische Revolution im Westen vorstellen. Besonders weil Ulbricht und Honecker selber nicht durch eine Revolution der Arbeiterklasse an die Macht kamen, sondern als Folge des sowjetischen Sieges über den Hitler-Faschismus, ist dies kaum überraschend.

In der Tat hat die stalinistische Bürokratie jeden Versuch, die Arbeiterrevolution auf den Westen auszuweiten, *abgewürgt*, besonders 1945–47, als Millionen Arbeiter, im Osten wie im Westen, ein sozialistisches Deutschland forderten; und im Juni 1953, als aufständische ostdeutsche Arbeiter ihre westlichen Klassenbrüder aufforderten, auch in Bonn „aufzuräumen“. Nötig wäre eine ganz grundlegende Abrechnung, die bis zu den Wurzeln der stalinistischen Perversion des Leninismus zurückgeht, wie es Trotzki getan hat und was wir Spartakisten fortzusetzen versuchen, um das allergrößte Verbrechen der Bürokratie zu überwinden: die Zerstörung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiterklasse. Dieser notwendigen marxistischen Wiederbewaffnung einer proletarischen Avantgarde widmet die IKL heute ihre Anstrengungen.

Nach Workers Vanguard Nr. 589, 3. Dezember 1993

Zar Boris...

Fortsetzung von Seite 11

Zerstörung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Die überall hervorsprühende Unzufriedenheit könnte explodieren, ob in elementaren plebejischen Ausbrüchen, ökonomischen Gewerkschaftskämpfen oder eher politischen Mobilisierungen gegen die räuberischen Blutsauger. Wie auch immer die defensiven Kämpfe entstehen, es ist notwendig, ein Programm vorzulegen, das sie vertiefen, ausweiten und umwandeln und sie hin zu einem politischen Kampf der Arbeiterklasse um die Macht führen kann. Auf diesem Weg wird es nötig sein, authentische gewählte Räte zu bilden, damit sie das Proletariat im Kampf für die sozialistische Revolution vereinen und als Rahmen für eine wiederhergestellte proletarische Staatsmacht dienen.

Gegenwärtig ist die Moral des Proletariats der früheren Sowjetunion zerrüttet. Aber dies anzuerkennen, heißt nicht, zu denken, die Arbeiterklasse sei für ein paar Generationen zu kleinen und bescheidenen ökonomischen Kämpfen verdammt. Die jüngsten Streiks zeigen, daß das Potential viel explosiver ist – daß das russische Proletariat, ohne ein bestimmtes politisches Bewußtsein, dazu gebracht werden kann, die klägliche Schwarzmarkt-Kapitalistenklasse herauszufordern, die in der Ex-Sowjetunion gerade dabei ist, sich zusammenzutun. Aber aufzugreifen, was durch wachsende Verelendung, Arbeitslosigkeit, Hunger und Ausbeutung notwendigerweise hervorgerufen wird, und es hinzuwenden zur Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse und ihrer

Verbündeten, erfordert eine revolutionäre Führung in der Tradition der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzki.

Nieder mit Jelzin und seiner Ukas-Verfassung! Für proletarische Revolution, um eine wirklich egalitäre und freiwillige Union der Sowjetrepubliken wiederzuschmieden!

Nach Workers Vanguard Nr. 590, 17. Dezember 1993

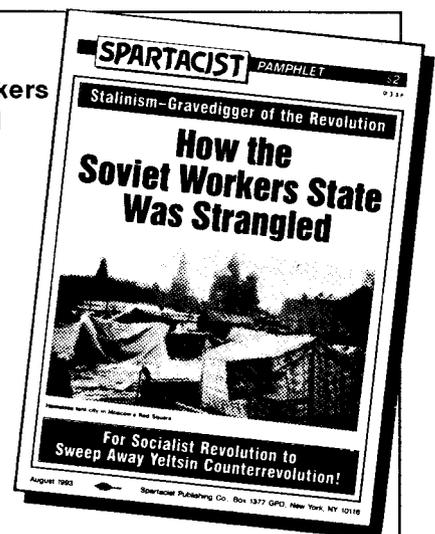
Spartacist-Broschüre

How the Soviet Workers State Was Strangled

Artikelsammlung aus *Workers Vanguard*, Zeitung der Spartacist League/U.S., und dem russischsprachigen *Spartacist-Bulletin*. Broschüre über Jelzins Gegenputsch, die Konterrevolution und das trotzkistische Programm, sie zu bekämpfen. Mit Polemiken gegen die „Linken“, die Jelzins Konterrevolution unterstützten, sowie die stalinistischen Überreste und deren „rot-braune“ Koalition.

64 Seiten (in englischer Sprache), 3, – DM

Bestellt bei: SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 11988-601, BLZ 500 10060



Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!

Nachstehend drucken wir in Deutsch und Türkisch die Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 29. November 1993 ab. Das KfsV ist die mit der SpAD brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation. Mit dieser Erklärung haben unsere Genossen aktiv eine Kampagne für eine Einheitsfrontaktion geführt, die sich auf die Macht der Arbeiterbewegung stützt, die das drakonische Verbot der PKK und von 35 kurdischen Organisationen durch den Oberbullen Kanther zurückschlagen kann. Zusammen mit erweiterten Polizeistaatsmaßnahmen, um in die Wohnungen von allen eindringen zu können, und mit Schäubles Vorschlag, die Bullen durch die Bundeswehr zu verstärken, ist Kanthers Verbot ein massiver Angriff auf die demokratischen Rechte von allen und vor allem der organisierten Arbeiterbewegung.

Was dieses Verbot bedeutet, wurde am 18. Dezember 1993 in Kassel demonstriert. Auf Initiative der SPD-Stadtregierung wurde in letzter Minute ein Verbot über ein kurdisches Kulturfest verhängt, das in einer Sporthalle geplant war. Der Vorwand: Der hessische SPD-Ministerpräsident Eichel hatte an diesem Abend eine Feier mit dem türkischen Botschafter bei einem „türkisch-deutschen Freundschaftsball“! Doch zehntausend kurdische Teilnehmer aus Städten in ganz Deutschland waren bereits unterwegs. Hunderte von Polizisten errichteten Straßensperren in ganz Hessen, um die Busse anzuhalten und zurückzuschicken. Im Stil der Gestapo verteilten sie Erklärungen, wonach das Fest, jede „Ersatz“veranstaltung und „jeder widerrechtliche Aufenthalt“ in Kassel verboten sei.

Acht Busse aus Berlin wurden vor Kassel mit der Begründung angehalten, das Fest sei verboten. Alle, auch ganze Familien mit Kindern, verließen sofort die Busse. Im Vorfeld hatte die PKK-Führung versucht, unsere Literatur zu „verbieten“, aber alle waren scharf darauf, sie zu kriegen. Besonders kurdische Frauen nahmen Stapel der KfsV-Erklärung mit, um sie weiter zu verteilen. Ein Demonstrationzug mit unserem KfsV-Banner an der Spitze bildete sich: „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!“ Er setzte sich in der Innenstadt in Richtung Sporthalle in Bewegung und wuchs auf 3000 an. Vor der Sporthalle, in der das Fest geplant war, schrien die Bullen rassistische Beschimpfungen und griffen die kurdischen Demonstranten brutal an, darunter Frauen und Kinder, mehrere Demonstranten wurden ernsthaft verletzt und mußten ins Krankenhaus. Die Bullen griffen besonders die kurdischen Fahnen an und versuchten mehrmals, unser Banner wegzunehmen, aber mit der disziplinierten Unterstützung der kurdischen Demonstranten konnten wir es bis zum Schluß verteidigen. Eine kurdische Frau, die mit uns das Banner trug, wurde von den Bullen mit langen Schlagstöcken angegriffen. Sie erzählte uns, daß ihre ganze Familie in Kurdistan getötet worden ist und sie keinen Zentimeter vom Banner weichen würde.

Dreizehn Busse aus Hamburg und vier Busse aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden bei einer Autobahnraststätte aufgehalten. Die überwiegend kurdischen Fahrgäste antworteten auf diese Polizeistaatsmaßnahmen damit, daß sie die Straßensperre in ein kleineres kurdisches Kulturfest und eine fast tausendköpfige Protestkundgebung verwandelten, die Pro-PKK-Sprechchöre rief und den Verkehr blockierte. Unsere Hamburger Genossen beteiligten sich an den Protesten und konnten alle türkischen Schriften

und Plakate, die sie mitgebracht hatten, darunter die KfsV-Erklärung, verkaufen und verteilen.

In Hamburg folgte dem Verbot der PKK nächtelange Polizeirandale, mit der Protestaktionen aufgelöst und die Wiederübernahme von PKK-nahen Treffpunkten verhindert wurde. Viele Kurden wurden verhaftet und Dutzenden drohen Strafanzeigen. Am 23. Dezember beteiligten sich die SpAD und das KfsV an einer Einheitsfrontaktion in Hamburg, wo fast 100 Kurden zusammen mit einem Dutzend antifaschistischer Jugendlicher mit den Forderungen demonstrierten: „Weg mit dem Verbot der PKK“, und: „Deutsche Panzer, türkische Armee raus aus Kurdistan“. Diese erfolgreichen Einheitsfrontaktionen sollten das Sprungbrett dafür sein, die Verteidigung der PKK und anderer kurdischer Vereinigungen in die organisierte Arbeiterbewegung hineinzutragen, besonders in die mächtige IG Metall mit ihrem strategischen und kämpferischen Anteil von kurdischen und türkischen Arbeitern.

Am 26. November brach die Polizei in der berüchtigten Manier der Gestapo in 160 kurdische Einrichtungen ein. Die Bullen drangen auch in Privatwohnungen von Kurden ein, durchsuchten und verwüsteten sie. Jetzt hat Innenminister Kanther (CDU) zusammen mit den Innenministern der Länder das Verbot der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) sowie 35 anderer Vereine angeordnet, was vor allem die SPD seit langem gefordert hat. Unter dem Vorwand des



Türkische Jubelpresse heizt Nationalismus an. Viertes Reich ist Pate des Völkermords an den Kurden

„Terrorismus“ wird zunächst Staatsterrorismus gegen Kurden durchgesetzt und eine rassistische Hetze in ganz Europa in Gang gesetzt. In Frankreich wurden Anhänger der PKK schon verfolgt und eingekerkert. **Die Arbeiterbewegung muß mobilisieren und das Verbot zurückschlagen.**

Scharfmacher Kinkel heizt die Hexenjagd gegen Kurden an, um die Integrität des NATO-Partners Türkei zu verteidigen, laut FAZ. Das Vierte Reich ist der Pate des Völkermords an den Kurden; es hat den türkischen Kurden-schlächtern ein riesiges Waffenarsenal verschafft. Das Dorf Lice, das vom türkischen Militär vernichtet wurde, erinnert an das tschechische Lidice, das die Nazis verbrannten. Jetzt sind über 1,7 Millionen Kurden auf der Flucht, die diesen Winter vielleicht nicht überleben werden.

Als Reaktion auf den Völkermord gab es Überfälle auf türkische Einrichtungen. Als im Juni kurdische Konsulatsbesetzer die Symbole des Kurden-schlächterstaats Türkei angriffen, haben wir sie gegen staatliche Repression verteidigt. Der Brandanschlag am 3. November auf ein türki-

sches Restaurant war dagegen wahlloser Terror, der durch nichts zu verteidigen ist. Aber wir sind gegen ein Verbot der PKK und gegen alle antikurdischen Repressionsmaßnahmen der deutschen Regierung. Kurden in der Türkei dürfen sich nicht einmal Kurden nennen. Jetzt wird auch hier die politische und kulturelle Betätigung für ein ganzes Volk verboten. Kurdische Werkstätige dürfen nicht einmal mehr nach der Arbeit ihre Kantinen aufsuchen und kurdische Musik hören. Zusammen mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen in ganz Deutschland ist das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse.

Ankaras völkermörderischer Krieg in Kurdistan und der rassistische Terror in Deutschland haben sich nach der kapitalistischen Wiedervereinigung dramatisch verschärft. Nach den grausamen Nazi-Morden in Mölln und Solingen hetzt Bonn gegen die Opfer: türkische Jugendliche und Antifaschisten. Gleichzeitig mit der Verfolgung der türkischen und kurdischen Linken tobt die SPD-geführte Hexenjagd gegen

alles, was an die DDR erinnert. Gegen die Teile-und-Herrsche-Politik der Imperialisten müssen die kurdischen, türkische und anderen eingewanderten Arbeiter, die zu Hunderttausenden in den Gewerkschaften organisiert sind, mit ihren deutschen Klassenbrüdern im Kampf gegen den Vernichtungsfeldzug des Vierten Reichs vereint werden. Bei den monströsen Schauprozessen gegen die PKK haben Gewerkschaftsdelegationen schon protestiert. Was wir gegen Massenentlassungen und Massenabschiebungen brauchen, gegen Staatsterrorismus sowie gegen die Nazi-Mörderbanden, ist die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Dieser Angriff gegen die PKK und Kurden gilt uns allen! Wir brauchen jetzt Massenprotestaktionen, die auf der Macht der organisierten Arbeiterklasse beruhen und die Linke, eingewanderte Arbeiter, Immigrantengruppen, Antifaschisten und alle Verteidiger von demokratischen Rechten vereinen, mit der Forderung: **Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol!**

PKK...

Baştarafı 24. Sayfada

ordusu Kürdistan'dan dışarı!" sloganlarının atıldığı bir birleşik cephe eylemine katıldılar. Bu başarılı birleşik cephe eylemleri, PKK ve diğer Kürt örgütlerinin savunulmasının örgütlü işçi sınıfı hareketine, özellikle de, Kürt ve Türk işçilerinin militan ve stratejik bir parçasını oluşturduğu güçlü IG Metall'e götürülmesi yolunda başlangıç noktası yapılmalıdır.

26 Kasım günü polis, tam bir aşağılık Gestapo tavrıyla, 160 Kürt kuruluşunu bastı. Polis, Kürtlerin oturduğu evleri de bastı ve yaptığı aramalarda bu evleri harabeye çevirdi. Şimdi de, İçişleri Bakanı Kanther (CDU-Hıristiyan Demokratlar) diğer Länder [Almanya federal devletleri] İçişleri Bakanlarıyla birlikte Kürdistan İşçi Partisi (PKK) ve 35 ayrı örgüte karşı yasaklama kararı çıkarttılar. Yasaklama kararı, başta SPD tarafından olmak üzere, uzun zamandır talep ediliyordu. Şu anda, „terörizm“ bahanesiyle, Kürtlere karşı devlet terörü uygulanmakta ve tüm Avrupada ırkçı bir sindirme avı sürdürülmektedir. Fransa'da, PKK destekçilerinin halihazırda peşine düşülmüştür ve hapse atılmışlardır. İşçi hareketi seferber olmalı ve bu yasaklamaları geri püskürtmelidir.

Frankfurter Allgemeine Zeitung'a göre; kışkırtmacı [Dışişleri Bakanı] Kinkel, NATO ortağı Türkiye'nin entegrasyonunu korumak için, Kürtlere karşı sindirme avını kızıştırmaktadır. Dördüncü Reich, Kürtlere karşı yapılan kıyımın babasıdır. Kürtleri kesen Türk kasaplarının silah deposunu doldurmuştur Dördüncü Reich. Türk ordusunun yerle bir ettiği Lice bizlere Nazilerin Çekoslovakya'da yakıp kül ettiği Lidice'yi hatırlatmaktadır. Şimdi, 1,7 milyonu aşkın Kürt kaçmaktadır. Bu insanlar önümüzdeki kışı çıkartamayabilirler.

Yapılan kıyım karşılık olarak Türk kuruluşlarına saldırılarda bulunuldu. Türk konsolosluğunun Kürtler tarafından Haziran ayında yapılan işgalinde, Kürt kesen kasap Türk devletinin sembollerine saldırıldığında biz, işgalcileri devlet baskısına karşı savunduk. Ancak, 3 Kasım günü bir Türk lokantasına yapılan kundaklama, tam tersine, fark gözetilmeksizin yapılan terördür ve hiçbir şekilde savunulamaz. Fakat biz, PKK'nın yasaklanmasına ve Alman hükümetinin Kürtlere karşı yaptığı her tür baskıya karşıyız. Türkiye'de, Kürtlerin Kürt olduklarını söylemelerine bile müsaade edilmemektedir. Bütün bir halkın politik ve kültürel faaliyetleri şimdi burada da yasaklanmıştır. Kürt işçilerinin, iş bitiminde kantinlerine giderek Kürtçe müzik

dinlemelerine bile izin verilmemektedir. PKK ve diğer Kürt örgütlerinin yasaklanması, bütün Almanya'da işlerin ve sosyal programların yok edilmesiyle birlikte, işçi sınıfına yapılan doğrudan bir saldırdır.

Kapitalist yeniden birleşme, Ankara'nın Kürdistan'da götürdüğü kıyımçı savaşın ve Almanya'da ırkçı terörün çarpıcı bir şekilde şiddetlenmesine yol açmıştır. Mölln ve Solingen'deki dehşet verici cinayetlerin ardından Bonn bu cinayetlerin kurbanlarının peşine düşmüştür. Bunlar, Türk gençliği ve antifasistlerdir. Bir yandan Türk ve Kürt solcularının peşine düşülürken diğer yandan da, DDR ile ilişkisi bulunan herşeye karşı SPD'nin başını çektiği bir sindirme avı şiddetle sürmektedir. Dördüncü Reich'in yıkım kampanyasına karşı kavgada, emperyalistlerin böl ve yönet politikasına karşı Alman sınıf kardeşleri, sendikalarda yüzbinlercesiyile örgütlenmiş Kürt, Türk ve diğer göçmen işçilerle birlik olmalıdırlar. Sendika delegasyonları halihazırda, PKK'ya karşı yapılan kepezelik gösteri mahkemelerini protesto etmiştir. Gerek duyduğumuz; kitle-sel işten çıkarma ve işten atmalara, devlet terörüne ve Nazi cinayet çetelerine karşı işçi sınıfı gücünün saliverilmesidir. Tüm göçmen işçilere tam vatandaşlık hakkı için ileri!

PKK ve Kürtlere karşı yapılan bu saldırı hepimize yapılmış bir saldırdır. Solcu, göçmen işçi, göçmen gurupları, antifasistler ve demokratik hakların savunucusu olan herkesi biraraya getiren ve örgütlü işçi sınıfının gücüne temellenen kitle-sel protesto eylemlerine hemen şimdi geçilmesi ve **PKK ve Devrimci Sol'a konulan yasaklamalar kahrolsun!** talebinin yükseltilmesi gerekmektedir. ■

**Spartakist-
Extrablatt Nr. 2**
(in türkischer Sprache)

Inhalt:

- Sovyet İşçi Devleti Nasıl Boğazlandı
- PKK, NATO'nun Adamı Kürt Katili Özal'a Barış Elini Uzatıyor
- Dördüncü Reich Terörünü Ezmek İçin İşçi/Göçmen Seferberliğine İleri!

16 Seiten, DM 0,50
Bestellt bei: SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklama Kahrolsun!



Kassel, 19 Aralık:
SPD'li yerel hükümetin yasaklamasına rağmen binlerce insan protesto gösterisi yaptı

dpa

Aşağıda, TSK'nin (Toplumsal Savunu Komitesi, KfsV) 29 Kasım tarihli bildirisini Türkçe ve Almanca olarak yayınlıyoruz. TSK, Almanya Spartakist İşçi Partisi'nin (ASİP) kardeş savunu örgütüdür. PKK ve diğer 35 Kürt örgütüne karşı polis güçlerinin başı Kanther'in uyguladığı Drakoncu yasaklamayı yenilgiye uğratmak için yoldaşlarımız bu bildiriyle, işçi sınıfı hareketinin gücüne dayanan birleşik cephe eylemi yapılması yolunda aktif kampanya yürütmüştür. Herkesin evlerindeki kişisel gizlilik hakkına tecavüz etmek amacıyla polis devleti yetkileri genişletildi. Schaub, polis kuvvetlerini Alman ordusuyla (Bundeswehr) takviye etmeyi öneriyor. Bunlara ek olarak Kanther'in getirdiği bu yasaklama, bir bütün olarak, başta örgütlü işçi sınıfı hareketi olmak üzere, her bireyin demokratik haklarına yapılmış bir saldırdır.

Bu yasaklamanın ne anlama geldiği 18 Aralık günü Kassel'de ortaya döküldü. Spor sahasında yapılması planlanan Kürt kültür festivali, SPD'li şehir yönetiminin müdahalesiyle, son anda yasaklandı. Bunun bahanesi ise; Hassen eyaletinin SPD'li eyalet başkanı Eichel'in o akşam "Türk-Alman Dostluk Balosu!"nda Türk elçisine ziyafet veriyor olmasıdır. Fakat bu arada, onbinlerce Kürt, festivale katılmak için Almanya'nın dört bir köşesinden halihazırda yola çıkmıştı. Yüzlerce polis, otobüsleri durdurup geri çevirmek için bütün Hassen eyaletinde Kassel'e giden ana yolları tuttu ve festivali yasaklandığı gibi, "onun yerini alacak" tüm etkinliklerin ve Kassel'de "izinsiz konaklamanın" da yasaklandığını ilan eden, Gestapo gibi ihtar belgeleri dağıttı.

Berlin'den gelen sekiz otobüs Kassel dışında durduruldu ve yolcular, festivalin yasaklandığı bildirildi. Çoluk çocuk herkes, tüm aileleriyle birlikte hemen otobüslerden indiler. Bunun öncesinde de, PKK liderliği bizim yayınlarımızı "yasaklamaya" çalıştı. Ancak, herkes bu yayınları almaya can atıyordu. Özellikle de Kürt kadınları, aşağıdaki TSK

bildirisini, dağıtmak için yığınla aldılar. "PKK ve Tüm Kürt Örgütlerine Uygulanan Yasaklama Kahrolsun!" yazılı TSK pankartı önde, bir yürüyüş oluştu. Bu yürüyüş, şehir merkezine doğru spor sahası istikametinde yola çıktı ve sonuçta 3000 kişilik bir yürüyüşe dönüştü. Festivalin yapılmasının planlandığı spor sahasının önünde polis, ırkçı hakaretler savurarak, aralarında kadın ve çocukların da bulunduğu Kürt göstericilerinin üzerine vahşice saldırdı ve bir sürü göstericiyi ciddi bir şekilde yaralayıp hastahanelik etti. Polis özellikle Kürt bayrağını hedef aldı ve birkaç kez, bizim pankartımızı da almak için uğraştı. Ancak, Kürt göstericilerinin disiplinli desteğiyle pankartımızı sonuna kadar savunmayı başardık. Bizimle birlikte pankartı taşıyan bir Kürt kadını, ellerinde uzun coplar taşıyan polislerin saldırısına uğradı. Bu Kürt kadını bize, Kürdistan'da tüm ailesinin katledildiğini ve pankarttan bir santim bile uzaklaştırılmayacağını söyledi.

Hamburg'dan gelen onüç, Niedersachsen ve Schleswig-Holstein'den gelen dört otobüs otoban dinlenme durağında durduruldu. Hemen hemen tamamının Kürtlerden oluştuğu bu yolcu kitlesi karşılarına çıkartılan bu yol kesmeyi küçük bir Kürt kültür şenliğine ve PKK yanlısı sloganlar atarak trafiği durduran 1000 kişilik bir protesto ralisine dönüştürerek, bu polis devleti uygulamasına cevap verdiler. Hamburg'dan yoldaşlarımız bu protestoya katıldılar ve yanlarında getirdikleri, TSK bildirisi de dahil, tüm Türkçe yayın ve posterleri sattılar ve dağıttılar.

PKK yasağını Hamburg'da, protesto eylemlerini ve PKK ile ilişkili toplantı yerlerinin yeniden işgalini dağıtmak için günlerce süren polis saldırıları takip etti. Birçok Kürt tutuklandı ve bugün düzinelerce Kürt suçluluk ithamıyla karşı karşıyadır. 23 Aralık günü TSK ve ASİP, Hamburg'da, yüze yakın Kürt'ü ve bir düzine anti-faşist genci biraraya getiren, "PKK yasağı kahrolsun!" ve "Alman tankları, Türk

Devamı 23. Sayfada